

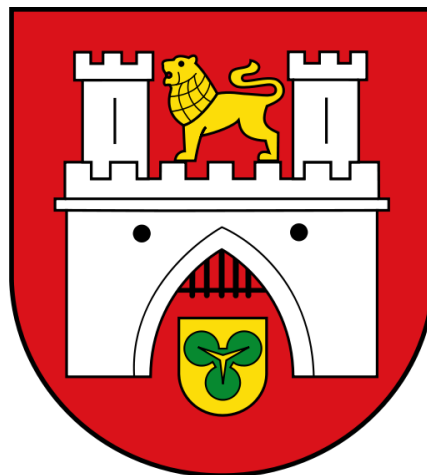


Junge Liberale Niedersachsen



Antragsbuch

**zum 59. Landeskongress
am 27. und 28. März 2010
in Hannover**





Junge Liberale – Landesgeschäftsstelle – Walter-Giesecking-Straße 22 – 30159 Hannover

An die
Teilnehmer des
59. Landeskongresses der
Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.

David Salm

Stellvertretender Landesvorsitzender

c/o Berliner Freiheit 9
28327 Bremen

Mobil: 0151-25336821
E-Mail: salm@julis.de
Internet: www.julis-nds.de

Antragsbuch zum Landeskongress

Hannover, den 17. März 2010

Liebe Julis,

hiermit erhaltet ihr das Antragsbuch zu unserem 59. Landeskongress am 27. und 28. März in Oldenburg.

Zu Beginn des Buches findet ihr arbeitsmarktpolitischen Leitantrag des Landesvorstands „Gestalten statt Verwalten – Gute Arbeitsmarktpolitik schafft Perspektiven“.

Ich freue mich, dass die Kreisverbände und Landesarbeitskreise ebenso wie auch viele einzelne Mitglieder wieder sehr viele gute Sachanträge eingereicht haben. Ich denke, dies wird ebenso wie die Debatte um den Leitantrag wieder zu konstruktiven Diskussionen führen. Ich hoffe, dass wir auch in Anbetracht der anstehenden Wahlen die Möglichkeit haben, einige dieser Anträge zu beraten.

Wir sehen uns in Hannover!

Bis dahin beste Grüße,

PRESSEBETREUUNG

Verony Reichelt
Stv. Landesvorsitzende für Pressearbeit

Mobil: (0151) 165 56 880
E-Mail: reichelt@julis.de

ORGANISATION

Oliver Frederik Olpen
Stv. Landesvorsitzender für Organisation

Mobil: (0163) 361 39 35
E-Mail: olpen@julis.de

Sascha Janus
Kreisvorsitzender - Junge Liberale Hannover-Stadt

Mobil: (0160) 948 10 827
E-Mail: janus@julis.de

KONTAKT

Junge Liberale Niedersachsen e.V.
Heinrich-Jürgens-Haus
Walter-Giesecking-Str. 22
30159 Hannover

Tel.: (0511) 2807127
Fax: (0511) 2807125
E-Mail: niedersachsen@julis.de
Internet: www.julis-niedersachsen.de

Jonas Freitag
Landesgeschäftsführer - Junge Liberale Niedersachsen

Mobil: (0163) 6964548
E-Mail: freitag@julis.de

TAGUNG UND HOTEL

HCC / Congress Hotel am Stadtpark
Theodor-Heuss-Platz 1-3
30175 Hannover

Tel.: (0511) 8113-0
Fax: (0511) 8113 429
E-Mail: info@hcc.de
Internet: www.hcc.de

Gewünschte Übernachtungen im „Congress Hotel am Stadtpark“ sind bei der Anmeldung über die Landesgeschäftsstelle mit anzugeben und spätestens beim Check-In zu bezahlen.

Nähere Informationen sind dem beiliegenden Anmeldebogen zu entnehmen. Anmeldungen und Zimmerreservierungen werden bis zum 10.03.2010 von der Landesgeschäftsstelle angenommen.

CHECK-IN

Der Check-In findet am Samstag vor dem Tagungssaal statt. Der Check-In beginnt um 09:00 Uhr und wird nach Kongressbeginn im Tagungsbüro fortgesetzt.

ANREISE

Anreise mit dem Zug:

Hannover ist mit den Nah- und Fernverkehrszügen der Deutschen Bahn aus allen Himmelsrichtungen direkt zu erreichen. Buchungen über www.bahn.de.

Anreise mit dem Auto:

Die sicherste Variante bei einer Anreise mit dem Auto ist es, sich eine Wegbeschreibung bei einem Routenplaner auszudrucken!

EINLADUNG

**59. Landeskongress
Junge Liberale Niedersachsen e.V.**

27. - 28. März 2010
Hannover Congress Centrum, Hannover
www.lako-hannover.de

Gestalten statt Verwalten
Gute Arbeitsmarktpolitik
schafft Perspektiven



Junge Liberale



in Niedersachsen

EINLADUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Interessenten,
liebe JuLis,

hiermit lade ich im Namen des Landesvorstandes gemäß
§ 5 Abs. 3 unserer Satzung zum 59. Landeskongress der
Jungen Liberalen Niedersachsen nach Hannover ein.

Mit liberalen Grüßen



Matthias Seestern-Pauly
Landesvorsitzender

HINWEISE

Sachanträge müssen bis Samstag, den 06. März 2010 um
24:00 Uhr per E-Mail beim Landesprogrammatiker David
Salm (salm@julis.de) oder in der Landesgeschäftsstelle
(niedersachsen@julis.de) eingegangen sein.

Das Antragsbuch wird den rechtzeitig angemeldeten
Teilnehmern bis Samstag, den 21. März 2010 zugesen-
det.

Rede-, antrags- und stimmberechtigt ist jedes ordentli-
che Mitglied der Jungen Liberalen Niedersachsen.

Die Teilnahme am Kongress ist kostenlos, bei Bedarf sind
Übernachtung und Verpflegung zu erwerben. Mitglie-
dern erstatten wir Fahrkosten in Höhe von 0,08 € pro km
sowie 0,02 € pro km pro Mitfahrer. Bahnfahrer erhalten
pro entsprechenden Auto-Kilometern eine Fahrtkosten-
erstattung in Höhe von 0,08 €, maximal jedoch den
Preis der Hin- und Rückfahrt.

Aufgrund von negativen Erfahrungen in den letzten Jah-
ren, werden wir bei den Fahrtkostenerstattungen stich-
probenartig Kontrollen durchführen müssen.

Als Tagesordnung schlage ich vor:

SAMSTAG, 27. MÄRZ 2010

ab 09:00 Uhr: Beginn des Check-In
10:00 Uhr: Beginn des Kongresses

1. Eröffnung des Landeskongresses
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
und Beschlussfähigkeit
3. Wahl eines Tagungspräsidiums und zweier Protokol-
lant
4. Genehmigung der Tagesordnung
5. Wahl einer Zählkommission
6. Festlegung der Antragsreihenfolge
7. Grußworte
8. Rede des Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen
Niedersachsen, **Matthias Seestern-Pauly**, mit Aus-
sprache
9. Rede des arbeitsmarktpolitischen Sprecher der FDP-
Fraktion im Deutschen Bundestag und Bundesvorsit-
zenden der Jungen Liberalen, **Johannes Vogel MdB**
(angefragt)
10. Rede des Nds. Ministers für Wirtschaft, Arbeit und
Verkehr **Jörg Bode MdL** (angefragt)
11. Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Nieder-
sächsischen Landtag **Christian Dürr MdL** (angefragt)
10. Beratung des Leitantrags „Gestalten statt Verwalten
- Gute Arbeitsmarktpolitik schafft Perspektiven“ des
Landesvorstandes.
11. Antragsberatung

ca. 18.00 Uhr: Unterbrechung des Kongresses
Party des KV Hannover-Stadt

SONNTAG, 28. MÄRZ 2010

10:00 Uhr: Fortsetzung des Kongresses

11. Fortsetzung der Antragsberatung
12. Bericht des Stv. Landesvorsitzenden für Finanzen
13. Bericht der Kassenprüfer
14. Entlastung des Landesvorstandes
15. **Wahl des geschäftsführenden Landesvorstands**
 - I. Wahl eines/einer Landesvorsitzenden
 - II. Wahl eines/einer stellvertretenden Landesvor-
sitzenden für Organisation
 - III. Wahl eines/einer stellvertretenden Landesvor-
sitzenden für Programmatik
 - IV. Wahl eines/einer stellvertretenden Landesvor-
sitzenden für Finanzen
 - V. Wahl eines/einer stellvertretenden Landesvor-
sitzenden für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 - VI. Wahlen von insgesamt vier Beisitzern/innen
16. Wahl der Delegierten zum Bundeskongress
17. Wahl der Ersatzdelegierten zum Bundeskongress
18. Wahl zweier Kassenprüfer und zweier Stv. Kassen-
prüfer
19. Wahlen zum Landesschiedsgericht
20. Schlusswort des Landesvorsitzenden

ca. 15:00 Uhr: Ende des Kongresses

Kleines LaKo-ABC

Jedes Mitglied der Julis Niedersachsen hat auf dem Landeskongress Rederecht, Stimmrecht und Antragsrecht. Konkret heißt das: Jedes Mitglied darf sich auf dem Landeskongress äußern, an Abstimmungen teilnehmen und Anträge zur Abstimmung stellen.

Es gibt grundsätzlich zwei verschiedene Arten von Anträgen: Sachanträge und Anträge zur Geschäftsordnung (auch „GO“ genannt).

Sachanträge sind Anträge zu politischen Fragen, sie betreffen die Meinung des Verbandes. Solche Anträge werden in der Regel vor dem Kongress eingereicht, diese Anträge findest Du in diesem Antragsbuch. Zu diesen kannst Du jederzeit Änderungsanträge einreichen, eine Vorlage für einen Änderungsantrag findest Du am Schluss. Diese liegt auch auf dem Kongress aus.

Über die Reihenfolge, in der die Anträge beraten werden, wird in der Regel zu Beginn des Kongresses mittels des „Alex-Müller“-Verfahrens abgestimmt. Dabei kann jedes Mitglied 5 Stimmen auf Anträge verteilen, die ihm besonders wichtig sind und die somit schneller behandelt werden sollen. Aus der Reihenfolge der entfallenen Stimmen ergibt sich dann die Antragsreihenfolge.

Anträge zur Geschäftsordnung beschäftigen sich mit dem Verlauf des Kongresses, sie werden also während des laufenden Kongresses gestellt.

Die „typischen“ Geschäftsordnungsanträge sind:

- Der Antrag auf Schluss der Rednerliste
- Der Antrag auf Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung
- Der Antrag auf Begrenzung der Redezeit
- Der Antrag auf Verweisung

Ein Geschäftsordnungsantrag gilt als angenommen, es sei denn ein Mitglied hält eine Gegenrede, worauf dann über den Antrag abgestimmt wird. Ruft ein Mitglied nach einem Geschäftsordnungsantrag „Formal“ (d.h.: „formale Gegenrede“), so muss über den Antrag abgestimmt werden.

Einen Geschäftsordnungsantrag zeigt man mittels des Heben beider Hände beim Präsidium an.

Es ist grundsätzlich erlaubt, während eines Redebeitrags Zwischenfragen an den Redner zu stellen. Hierzu werden beide Hände zu einem Dreieck geformt und gehoben. Sodann fragt das Präsidium den Redner, ob er die Zwischenfrage zulässt.

Dies ist nur ein kleiner Auszug, um den Einstieg gerade für Mitglieder, die zum ersten Mal zum LaKo fahren, zu erleichtern. Die komplette Satzung und Geschäftsordnung findet ihr auch online unter www.julis-niedersachsen.de im Bereich „Service“. Bei Fragen könnt ihr euch auch jederzeit an den Landesprogrammatiker David Salm (salm@julis.de) wenden.

Antragsübersicht zum 59. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen am 27. und 28. März 2010 in Hannover

0. Leitanträge des Landesvorstands

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Gestalten statt Verwalten – Gute Arbeitsmarktpolitik schafft Perspektiven	Geschäftsführender Landesvorstand

1. Innen, Recht & Sport

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Liberale Hupkultur	Julian Müller, Christian Lamping
02	Spitzensport - eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!	KV Harburg-Land
03	Jugendstrafrecht	KV Stade
04	Tagfahrlicht	KV Stade
05	Liberale Sportpolitik	KV Hannover-Land
06	Liberale gegen Nacktscanner	KV Diepholz
07	Sport als Einbringungsverpflichtung in die Profiloberstufe integrieren	KV Helmstedt
08	Zulassung natürlicher Cannabis-Präparate	KV Osterholz
09	Spätabtreibungen verhindern	KV Osterholz
10	Rückführungen von Roma in den Kosovo aussetzen	Dirk Joostberends, Michael Bergstermann, Fabian Ettrich, Verony Reichelt, David Salm, Julia Bretz, Sascha Schade
11	Sexuelle Orientierung als Grundrecht	KV Osnabrück-Stadt
12	Verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus	KV Vechta
13	Antrag zur Raucherlaubnis während des Abiturs	KV Braunschweig
14	Auch Urnenbewohner haben Wünsche! – Für eine Liberalisierung der Bestattungsverordnungen	KV Braunschweig
15	Keine Änderung der Verjährungsfristen für Sexualdelikte	KV Braunschweig
16	Ressourcen für den Katastrophenschutz in Niedersachsen erschließen	KV Hameln-Holzminden, LAK Innen-, Rechts- & Sportpolitik
17	Rechtsextremismus in Niedersachsen bekämpfen	KV Hannover-Stadt; LAK Innen-, Rechts- & Sportpolitik
18	Grundrechte wahren – Nacktscanner-Einsatz verhindern	David Salm, Andrej Meyer

2. Internationale Politik

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Für die Überarbeitung der Regeln für die Europäische Währungsgemeinschaft	KV Göttingen
02	Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion	KV Göttingen
03	Entwicklungshilfe	KV Braunschweig

3. Wirtschaft & Finanzen

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Keine Ausnahmen mehr bei der Abgeltungssteuer	LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Ems-Vechte
02	Ehegattensplitting abschaffen	LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Ammerland
03	Innovationspolitik am Standort Niedersachsen großschreiben	LAK Wirtschaft & Finanzen
04	Steuerliche Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer abschaffen!	LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Ems-Vechte
05	Keine staatlichen Hilfen an Unternehmen	LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Göttingen
06	Umsatzsteuerstrukturreform	KV Hannover-Land
07	Kein Landtagsneubau in der Krise	KV Hannover-Land
08	Abschaffung der Schenkungssteuer	KV Osnabrück-Land
09	Spendenschreck Bürokratie	KV Osnabrück-Land
10	Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems	KV Osnabrück-Land
11	Einfuhrbesteuerung	KV Osnabrück-Stadt
12	Dividenden	KV Osnabrück-Stadt
13	Für größere Kostentransparenz im Mobilfunk	KV Hannover-Stadt
14	Anleger sind mündige Bürger	Sascha Janus, Justus Hautz

4. Bildungspolitik

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Gleiches Recht auf BAföG für Studierende an Fern- UND Präsenzuniversitäten!	Erweiterter Landesvorstand
02	Transparenz bei der Vergabe von Abiturnoten – Schüler über ihre Rechte aufklären	Erweiterter Landesvorstand
03	Seminarfach abschaffen	KV Hannover-Land
04	Mehr Wettbewerb unter Lehrern	KV Diepholz
05	Eigenverantwortliche Schule auch im Finanzbudget durchsetzen	KV Helmstedt
06	Neue Technologien schon im Unterricht nahebringen! - Für eine Modernisierung des NTW-Unterrichtes	KV Braunschweig

5. Verkehr & Infrastruktur

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Busbezirke abschaffen	LAK Verkehr & Infrastruktur

6. Soziales, Familie & Gesundheit

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Schulobstgesetz (SchulObG) abschaffen	Erweiterter Landesvorstand; LAK Wirtschaft & Finanzen; LAK Umwelt & Landwirtschaft
02	Finanzielle Unterstützung in der Bildung für Kinder von ALG II Empfängern	KV Celle
03	Pille danach rezeptfrei machen	KV Osnabrück-Stadt, KV Hannover-Stadt
04	Gegen das Betreuungsgeld	LAK Soziales, Familie & Gesundheit; KV Braunschweig
05	Schnelle und moderne Rettung an Unfallorten	LAK Soziales, Familie & Gesundheit; KV Osnabrück- Stadt
06	Weg mit den Zwangsdiensten – Freiwilligenprogramme stärken	KV Hannover-Stadt
07	Keine "Whopper-Steuer"- Mündige Bürger statt Verbote	KV Osnabrück-Stadt

7. Umwelt & Landwirtschaft

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Freier Agrarmarkt	LAK Wirtschaft & Finanzen
02	Lösung der Endlagerfrage	Erweiterter Landesvorstand, KV Hannover-Stadt
03	Umweltplakette	KV Stade
04	Bürokratieabbau durch Schaffung eines Umweltgesetzbuches (UGB)	LAK Umwelt & Landwirtschaft

8. Medien & Kultur

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk privatisieren	David Salm, Jan Filter, Christian Rademaker, Björn Hendrik Brosch, Matthias Haack, David Piotrowski

9. Satzung & Verbandsinterna

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Bestehende Beschlusslage übersichtlich machen und umsetzen	LAK Wirtschaft & Finanzen



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

0.01

■ Leitantrag

■ Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Gestalten statt Verwalten

Gute Arbeitsmarktpolitik schafft Perspektiven

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für eine Arbeitsmarktpolitik ein, die jedem die Voraussetzungen dafür bietet, sich die materiellen Grundlagen für die Verwirklichung seines Lebensentwurfs zu erarbeiten. Dafür muss Arbeitsmarktpolitik ineffiziente Strukturen überkommen, altbackene Ideologien über Bord werfen und international wettbewerbsfähig werden. Die Strukturreform des Arbeitsmarktes wurde durch die Maßnahmen der Agenda 2010 begonnen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen loben ausdrücklich diese von der politischen Konkurrenz ausgehenden Reformmaßnahmen und finden es bedauerlich, dass SPD und Grüne sich zu diesen nicht mehr bekennen. Die Maßnahmen unter dem Motto „Fördern und Fordern“ waren zwar ein richtiger erster Schritt, haben jedoch die grundlegende Strukturreform des Systems nicht erreicht. Immer noch ist das System verkrustet und ineffizient, derzeit werden mit einem jährlichen Aufwand von 45,6 Milliarden Euro 3.617.000 Arbeitssuchende verwaltet. Dem treten die Jungen Liberalen Niedersachsen mit einem ganzheitlichen gestaltenden Konzept entgegen.

A. Arbeitsmarktpolitik in einer modernen Arbeitswelt

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten 20 Jahren entscheidend verändert. Die daraus resultierenden Folgen müssen von der Arbeitsmarktpolitik angenommen und umgesetzt werden. Dazu gehören vor allem die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Schaffung bzw. Vernetzung von neuen Arbeitsorten (z.B. Telearbeit) und die Veränderung der Industrie- hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen diese Entwicklung und sehen darin vor allem Chancen für die Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik. Das bedeutet aber auch, dass die von der Politik eingeleiteten Maßnahmen an die jeweilige – auch regional unterschiedliche – Arbeitsmarktsituation angepasst werden muss. Das Gleiche gilt für die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Arbeitsperson. Statt einer Arbeitsmarktpolitik nach dem Gießkannenprinzip muss die Förderung der individuellen Fähigkeiten der jeweiligen Erwerbstätigen in den Vordergrund gestellt und auf sie angepasst werden.

Darüber hinaus muss jeder Einzelne erkennen, dass die Zeit einer lebenslangen gleichen Tätigkeit nur noch in wenigen Fällen stattfinden wird. Der Arbeitnehmer wird daher immer mehr zum Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft. Die daraus resultierende Flexibilisierung der eigenen Arbeit ist ein entscheidender Schritt hin zu einer modernen Arbeitswelt bzw. zu einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik.

B. Arbeitsrecht

Der Fokus guter Arbeitsmarktpolitik liegt nach Ansicht der Jungen Liberalen Niedersachsen auf dem direkten arbeitsvertraglichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die

Politik der vergangenen Jahrzehnte war zu sehr auf neue öffentlich-rechtliche soziale Auf-
fangmechanismen fixiert und hat dabei eine Reform des Arbeitsrechts aus den Augen verloren.

B.1 Flexibilität und Zukunftssicherheit

Grundlegender Baustein einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft sind ausgewogene
Regeln, die alle Interessen gerecht einbeziehen. Diese Regeln müssen einerseits vom Verständ-
nis getragen sein, dass Wettbewerb und Flexibilität zu größtmöglicher Gesamtwohlstandsma-
ximierung führen, andererseits aber den Einzelfall nicht aus dem Auge verlieren. Daher ist es
insbesondere im Bereich des Kündigungsschutzes stärker als bisher notwendig, durch mehr
Flexibilität eine höhere dynamische Entfaltung zu erreichen.

B.1.a Allgemeiner Kündigungsschutz

Das Arbeitsverhältnis ist für die allermeisten Menschen jedoch mehr als nur ein einfacher Ver-
trag – es ist Lebensgrundlage und zu einem Teil auch Lebensinhalt. Eine einfache Anwendung
der gleichen Regeln wie bei jedem anderen Vertrag entspräche nicht der sozialen Realität. Je-
der Arbeitnehmer hat einen schützenswerten Anspruch darauf, dass die Bedeutung des Ar-
beitsverhältnisses für ihn und seine Familie bei der Frage, unter welchen Bedingungen dieses
beendet werden darf, angemessen berücksichtigt wird. Daher ist es sinnvoll und im Geiste der
sozialen Marktwirtschaft, dass mit dem Kündigungsschutzgesetz ein Sonderrecht für die Kün-
digung von Arbeitsverträgen besteht. Dieses ist jedoch in einer Zeit entstanden, in der wirt-
schaftliche Probleme wie jene, vor denen Deutschland und – auch wenn die Situation mit einer
Erwerbslosenquote unter dem Bundesdurchschnitt etwas besser ist – auch Niedersachsen
heute stehen, nicht in einem annähernd vergleichbaren Maße bestanden. Heute kann es für
einen kleinen Betrieb das Aus bedeuten, wenn nicht flexibel auf die Auftragslage reagiert wer-
den kann. Dies gilt es, stärker zu berücksichtigen.

Das Kündigungsschutzrecht ist nicht abzuschaffen, jedoch zu flexibilisieren. Es muss auf jene
Bereiche reduziert werden, in denen eine Kündigung tatsächlich unzumutbar wäre. Statt einer
reinen Glättung des sozialen Abstiegs ist die Vermittlung einer neuen Kultur der Chancen
notwendig. So ist es gerade im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit nicht hinnehmbar,
dass bei der Sozialauswahl im Rahmen betriebsbedingter Kündigungen der Fokus des Gesetzes
fast ausschließlich auf dem Alter der betroffenen Arbeitnehmer liegt. Sinnvoll ist es vielmehr,
Unterhaltsverpflichtungen und die Dauer der Betriebszugehörigkeit zu den einzigen Faktoren
der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen zu machen.

Häufig wird auch von Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam ein Sozialplan aufgestellt, der
auf die regionalen und betrieblichen Besonderheiten eingeht. Die Jungen Liberalen Nieder-
sachsen begrüßen dieses passgenaue und kooperative Vorgehen vor Ort und fordern die
Schaffung klarer und transparenter Regeln, um auch hier Rechts- und Planungssicherheit her-
zustellen.

Auch die Fristen bis zum Eingreifen des Kündigungsschutzgesetzes sind im Sinne von mehr
Flexibilität anzupassen. Dass dies nicht zu Altersarmut führt, lässt sich am Beispiel europäi-
scher Nachbarländer wie Großbritannien und den Niederlanden ablesen, wo auch ältere Men-
schen problemlos und flexibel neue Arbeit finden.

Der Kündigungsschutz belastet jedoch gerade kleine Betriebe. Daher fordern die Jungen Libe-
ralen Niedersachsen eine Anhebung des Schwellenwerts auf 20 Mitarbeiter. Auf eine kompli-
zierte und bürokratische Übergangsregelung, wie sie bei der letzten Anpassung vorgenommen
wurde, soll hierbei im Sinne der Rechtssicherheit verzichtet werden.

B.1.b Sonderkündigungsschutz

Über den allgemeinen Kündigungsschutz hinaus bestehen auch gesonderte Kündigungs-
schutzregime für besonders schutzbedürftige Personengruppen – von schwangeren Frauen
über schwerbehinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger bis hin zu Betriebsratsmitgliedern und
Trägern öffentlicher Wahlämter. Diese sollen nicht unbedingt primär das Bestandsinteresse
am Arbeitsverhältnis schützen, sondern vielmehr Einschüchterungseffekte eindämmen, etwa
vor der Übernahme von sozialem Engagement im Betrieb. Diese einzuschränken oder gar wie-
der abzuschaffen, lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen ab. Sie sind jedoch zu entbüro-
kratisieren. Die bestehende Rechtslage etwa, dass Schwerbehinderte quasi standschaftlerlich
vom Integrationsamt vertreten werden, ist von einem bevormundenden Menschenbild gelei-
tet, das die Jungen Liberalen ablehnen. Schwerbehinderte müssen vor Kündigung in besonde-

rer Weise geschützt werden – warum dies aber ausgerechnet durch mehr Bevormundung durch den Staat geschehen soll, ist aus liberaler Sicht nicht zu erkennen.

B.1.c Teilzeitarbeit und Befristung

Auch die Regelungen zur Teilzeitarbeit und Befristung müssen kritisch auf den Prüfstand gestellt werden. So ist es gerade für junge Menschen in der medial umfangreich begleiteten, von der Politik aber bisher vernachlässigten „Generation Praktikum“ ein Einstellungshindernis, dass nach Ableistung eines Praktikums kein befristetes Arbeitsverhältnis eingegangen werden kann. Gerade dieser mit dem Vertrauenszuwachs zwischen den Vertragspartnern korrelierende gestufte Arbeitsverhältnisaufbau ist jedoch ein unverzichtbarer Brückenschlag, um junge Menschen in Beschäftigung zu bringen.

Um Kettenbefristungen zu verhindern, ist am Verbot der grundlosen Befristung grundsätzlich festzuhalten. Die bestehenden Regeln sind jedoch sehr starr. Die Jungen Liberalen Niedersachsen schlagen daher eine Erhöhung der grundlosen Höchstbefristung auf drei Jahre vor.

B.2 Mitbestimmung

Dem Gedanken der Kooperation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemäß bestehen derzeit viele Möglichkeiten der innerbetrieblichen Mitbestimmung. Dies schafft ein Klima des Vertrauens und ist im Grundsatz sinnvoll.

Dieses erwünschte Klima des Vertrauens kann allerdings nur entstehen, wenn die Arbeitnehmer auch Vertrauen in die Institution des Betriebsrats haben. Dies ist nicht der Fall, wenn – wie nach bisheriger Rechtslage möglich – eine Minderheit im Betrieb die Einrichtung eines Betriebsrates juristisch durchsetzt, obwohl dies mehrheitlich nicht erwünscht ist. Daher fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen, dass ein Rechtsanspruch auf Einrichtung eines Betriebsrates nur noch dann bestehen soll, wenn dies mindestens die Hälfte der im Betrieb Beschäftigten wünscht.

Gerade wenn Entscheidungen in Frage stehen, die in das Leben der Arbeitnehmer hineinreichen, zum Beispiel bei der Verwendung von Stamm- und Personaldaten, muss die betriebliche Mitbestimmung noch ausgebaut werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen bewerten die entgegenstehende aktuelle Entwicklung gerade im Hinblick auf das Verfahren des elektronischen Entgelt nachweises (sog. „ELENA“) kritisch und fordern Nachbesserungen dahingehend, dass vor der Weitergabe der Daten eine Mitwirkung des Betriebsrats stattzufinden hat.

Bei der Frage der betrieblichen Mitbestimmung darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass es der Arbeitgeber ist, der die unternehmerischen Entscheidungen zu treffen hat und den auch das Unternehmensrisiko bei Fehlentscheidungen allein trifft. Mitbestimmung heißt immer auch Bürokratie durch gesteigerten Aufwand und sollte daher auf die Kernbereiche reduziert werden. Daher ist die innerbetriebliche Mitbestimmung in jeden Bereichen abzubauen, die primär dem unternehmerischen Risiko zuzurechnen sind. Dazu gehören insbesondere alle Bereiche der Personalplanung.

Demgegenüber ist die freiwillige Mitbestimmung als sanfteres Mittel zum gleichen Zweck zu fördern und auszubauen. Bereits jetzt setzten damit viele Unternehmen erfolgreich Akzente – etwa in den Bereichen Umweltschutz, bei Fragen sozialer Einrichtungen und der Firmenbeteiligung von Arbeitnehmern.

B.3 Die Rolle der Tarifpartner

Das Arbeitsverhältnis ist immer ein individuelles zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer. Dennoch werden oft auf übergeordneter Ebene (Tarif-)Verträge geschlossen, die direkte bindende Wirkung für die eigentlichen Arbeitsvertragsparteien haben.

B.3.a Tarifverträge

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich grundsätzlich im Rahmen der Vertragsfreiheit für Tarifverträge aus. Tarifautonomie darf aber nicht so verstanden werden, dass eine Abweichung vom Tarifvertrag nicht möglich ist. Daher fordern wir, dass Öffnungsklauseln in allen Bereichen möglich sein müssen; das bisherige „Günstigkeitsprinzip“ geht zu Lasten kleiner und mittelständischer Betriebe, die häufig schlicht nicht in der Lage sind, zu den gleichen Konditionen Mitarbeiter zu beschäftigen wie jene großen Betriebe, die in den Tarifverhandlungen dominieren.

Dieses Prinzip der Subsidiarität soll auch im Verhältnis der Tarifebenen zueinander Ausdruck finden. So gilt es, Haustarifverträge mit mehr Abweichungsrechten gegenüber Flächen- und Manteltarifverträgen auszustatten.

B.3.b Mindestlöhne

Mindestlöhne bringen unter dem Strich nicht mehr Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, sondern weniger. Empirische Studien belegen dies. Mindestlöhne weisen die Problematik auf, dass sie keine Marktpreise abbilden. Wird ein gesetzlicher Mindestlohn daher zu niedrig angesetzt, so hat er keine Auswirkungen. Wird er zu hoch angesetzt, vernichtet er bestehende reguläre Beschäftigung sowie Neueinstellungen. Zudem differenzieren flächendeckende Mindestlöhne weder nach Branchen, aktuellen Marktentwicklungen oder Produktivitätsunterschieden. Löhne, die nicht durch entsprechende Produktivität gedeckt sind, schaden Betrieben und Volkswirtschaft und somit auch unserem Gemeinwesen.

Gerade Geringqualifizierte würde ein Mindestlohn hart treffen. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt würde für Arbeitslose deutlich erschwert, weil der neue Kostendruck in der Abwägung der Arbeitgeber entscheidenden Einfluss auf die Entscheidung über zusätzliche Einstellungen haben kann.

Vergleiche mit anderen europäischen Staaten mit Mindestlohn hinken vielfach. Anderorts sind Sozialleistungen zum Teil steuerfinanziert oder andere Parameter tragen dazu bei, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. So gibt es etwa europäische Nachbarländer mit Mindestlohn aber ohne Kündigungsschutz. Diese Beispiele zeigen, dass der Mindestlohn ein Faktor von vielen ist, der den Spagat zwischen sozialer Sicherheit und flexiblem Arbeitsmarkt mitbestimmt. Einzelne Faktoren ohne Blick auf die Gesamtsysteme zu vergleichen ist daher sinnlos. Die Jungen Liberalen erkennen die Komplexität der Realität an und sind daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen die Einführung von staatlichen Mindestlöhnen. Tarifvertragliche Mindestlöhne begrüßen wir jedoch. Die Jungen Liberalen stehen zur Tradition der Tarifautonomie und würdigen ihre Erfolge für das Wirtschaftssystem in Deutschland. Um vollkommen ungerechte Ergebnisse bei der Lohnfindung zu vermeiden, ist die Schranke der Sittenwidrigkeit ausreichend. Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen die Bestrebungen der schwarz-gelben Koalition, diese spezialgesetzlich zu kodifizieren.

B.4 Bürokratie abbauen – Rechtssicherheit schaffen

Zurzeit bestehen viele arbeitsrechtliche Gesetze nebeneinander und bieten teils einen enormen Auslegungsspielraum, etwa bei Abmahnungen und Abfindungsregeln. Manche Bereiche sind auch gar nicht normiert, etwa das Streikrecht. Die sich daraus ergebende Rechtsunsicherheit führt zu einer Welle von Klagen, die primär Kosten und Bürokratie schaffen. Daher fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen die längst überfällige Kodifizierung aller arbeitsrechtlichen Regeln in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch (ArbGB).

Viele arbeitsrechtliche Klagen werden unnötig eingebracht. Dies wird durch die bestehende Kostentragungsregelung befördert: In erster Instanz muss vor Arbeitsgerichten jede Partei ihre Kosten immer selbst tragen – egal, ob sie obsiegt oder unterliegt. Diese Regelung ist unsozial, da sie jene Arbeitnehmer belastet, die im Recht sind und dieses vor Gericht einfordern und jene befördert, die unnötig die Gerichte belasten. Daher sprechen sich die Jungen Liberalen Niedersachsen dafür aus, auch vor Arbeitsgerichten den Grundsatz der Kostentragung durch den Verfahrensverlierer anzuwenden. Die Prozesskostenhilfe ist ein ausreichendes Mittel zur Abschwächung sozialer Hürden.

B.5 Junge Eltern auf dem Arbeitsmarkt

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen seit jeher auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Diese kann jedoch nicht allein durch den Staat erreicht werden. Dieser kann nur Rahmenbedingungen schaffen. Vielmehr ist eine wachsende Akzeptanz für berufstätige Mütter und Väter innerhalb der Gesellschaft nötig. Berufstätige Eltern mit Kindern sind keine „Rabeneltern“, sondern Helden des Alltags. Die Jungen Liberalen begrüßen betriebliche Anstrengungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Betriebliche Unterstützung muss nicht der betriebseigene Kindergarten sein. Auch Kooperationen von unterschiedlichen Betrieben für Betreuungsangebote, Beratung, Betreuungsgutscheine oder Zuschüsse finden den Zuspruch der Julis.

Weiterhin setzen sich die Jungen Liberalen für einen weiteren Ausbau an Krippen- und Kindergartenplätzen ein. Es darf nicht sein, dass Eltern der Weg zurück in den Arbeitsmarkt versperrt bleibt, weil keine Betreuungsangebote für ihre Kinder zur Verfügung stehen.

C. Umgang mit Arbeitslosigkeit

C.1 Arbeitsvermittlung

Arbeit ist die Lebensgrundlage für Menschen. Keine Arbeit zu haben, ist nicht nur eine enorme wirtschaftliche Einbuße, sondern auch mit einem großen sozialen Stigma belastet. Es ist eine Pflicht der Gemeinschaft, durch eine effiziente Vermittlung möglichst allen Erwerbsfähigen schnell einen seiner Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu vermitteln. Im Gegensatz zu den meisten Ländern in Europa findet dies in Deutschland derzeit staatsmonopolistisch organisiert statt. Die Arbeitsvermittlung ist immer noch zu einem Großteil an festgefügtten Verwaltungsvorschriften ausgerichtet und bietet den Arbeitsvermittlern kaum Spielraum, um eine echte Personalvermittlung zu betreiben. Deshalb muss sich die Ausbildung der Arbeitsvermittler an denen der Fachkräfte in einer privaten Personalvermittlung orientieren. Von der schlichten Umbenennung der ehemaligen Bundesanstalt für Arbeit in „Bundesagentur“ konnte demgegenüber keine Änderung der Vermittlungskultur erwartet werden – diese ist auch geblieben.

Arbeitsvermittlung muss zielgenau und einzelfallorientiert organisiert werden. Eine große Bundesbehörde für alle ist für die Jungen Liberalen Niedersachsen nicht die Lösung. Wir begrüßen daher als einen ersten Schritt in die richtige Richtung die Bemühungen der schwarz-gelben Koalition, durch eine Verfassungsänderung das erfolgreiche Modell der „Modellkommunen“ aufrecht zu erhalten und auszuweiten. In diesem findet Arbeitsvermittlung in Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der BA statt.

Auf lange Sicht jedoch bedarf das System einer grundlegenden Reformierung. Als Schlüssel zum Erfolg sehen die Jungen Liberalen Niedersachsen hierbei eine intelligente Mischung aus privater Arbeitsvermittlung, kommunaler Selbstverwaltung und bundesweiter Vernetzung an. Mit dem „Job-Aktiv-Gesetz“ wurde ein erster Schritt zur Liberalisierung privater Arbeitsvermittlung gegangen. Dieser beruht aber nach wie vor zu einem großen Teil nur auf einer Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur und privaten Vermittlern und weist viele bürokratische Hürden auf. Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich dafür ein, dass, wenn der Arbeitssuchende dies wünscht, die Arbeitsvermittlung komplett privat abgewickelt werden können muss, ohne dass dabei Einbußen etwa durch Sperrzeiten hingenommen werden müssen. Dies birgt gerade im Bereich der höher Qualifizierten enorme Einsparpotenziale für den Staat sowohl in finanzieller Hinsicht als auch mit Blick auf den Verwaltungsaufwand, da in diesen Fällen die Bezahlung der Arbeitsvermittlung durch den zukünftigen Arbeitgeber vorgenommen werden kann. In jenen Fällen, in denen der Arbeitssuchende die private Vermittlung vorzieht, obwohl der potenzielle Arbeitgeber nicht bereit ist, die Vermittlung zu bezahlen, übernimmt dies die Arbeitslosenversicherung. Um Missbrauch zu vermeiden, sind diejenigen Arbeitsvermittlungsagenturen, die eine Bezahlung durch die Versicherung beanspruchen, durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu zertifizieren und regelmäßig auf Effizienz zu überprüfen. Eine Bezahlung soll immer erfolgsorientiert erfolgen.

Diese private Form der Arbeitsvermittlung birgt nicht nur enorme Kosteneinsparungspotenziale für den Staat, sie wird auch durch die Wettbewerbselemente für eine bessere Betreuung der Arbeitssuchenden sorgen. Derzeit sind viele Arbeitsvermittler nicht hinreichend qualifiziert. Dies würde sich so erledigen, da die Arbeitssuchenden potenziell jene Vermittlungsagenturen wählen werden, die über das am besten qualifizierte Personal verfügen.

Neben dieser, vom Arbeitssuchenden wählbaren privat organisierten Arbeitsvermittlung soll weiterhin eine staatliche Arbeitsvermittlung bestehen, da dies eine elementare Aufgabe der Gemeinschaft ist. Diese soll vor Ort in den Kommunen verankert sein, um eine größtmögliche Nähe an den spezifischen Problemen vor Ort zu gewährleisten. Eine bundesweite Vernetzung der Angebote soll mittels einer von der Bundesagentur für Arbeit verwalteten digitalen Datenbank gewährleistet werden.

Über die normale Arbeitsvermittlung hinaus gibt es zurzeit viele spezielle einzelne Förderprogramme. Gerade wenn diese auf regionale Besonderheiten eingehen, ist dies auch sinnvoll und

271 richtig. Sie sind jedoch zurzeit undurchsichtig, zersplittert und häufig nur mangelhaft effizient,
272 wie zum Beispiel das „Technikum“-Projekt des Bundesbildungsministeriums, in dem für einen
273 einzigen vermittelten Praktikumsplatz 2,2 Millionen Euro Steuergelder ausgegeben wurden.
274 Die Jungen Liberale Niedersachsen fordern daher als ersten Schritt, Arbeitsvermittlungsmaß-
275 nahmen jeglicher Art deutlich besser als bisher zu vernetzen, indem diese unter dem Dach des
276 Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zusammengefasst und streng auf Effizienz hin
277 geprüft werden sollen. Ziel von Arbeitsvermittlungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
278 darf weder die Schönung der Statistik noch die Erfüllung von Prestigebegehren seitens der
279 Politik sein. Alle Maßnahmen sind daher anhand des Aufwands pro vermittelter Stelle zu be-
280 messen.

281 C.2 Zweiter und dritter Arbeitsmarkt

282 Ziel jeglicher liberaler Arbeitsmarktpolitik muss die Integration von Arbeitslosen in den ersten
283 Arbeitsmarkt sein. Allerdings besteht nicht immer die Möglichkeit, Menschen dorthin zu ver-
284 mitteln. Daher bietet der sogenannte zweite Arbeitsmarkt eine gute Möglichkeit, Arbeitssu-
285 chende wieder an die Struktur eines geregelten Arbeitsalltags zu integrieren. Gerade im Pfl-
286 gebereich bieten sich gute Chancen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Allerdings müssen
287 diese Stellen zusätzlich geschaffen werden und keine regulären Arbeitsplätze ersetzen. Gleich-
288 zeitig müssen diese Stellen zeitlich befristet werden und diese als Vorbereitung für den Eintritt
289 in den ersten Arbeitsmarkt angesehen werden.

290 Einem sogenannten dritten Arbeitsmarkt stehen die Jungen Liberalen allerdings kritisch ge-
291 genüber. Es darf nicht Aufgabe des Staates sein, Menschen dauerhaft vom ersten Arbeitsmarkt
292 fernzuhalten. Viel wichtiger sei eine entsprechende Qualifizierung der betroffenen Menschen.
293 Dies gilt vor allem für Langzeitarbeitslose.

294 C.3 Soziale Sicherung

295 An der aktuellen Debatte um Hartz IV ist jedes Sachargument zu begrüßen. Es ist gut, wenn
296 wieder über das Verhältnis von Leistung und Verteilung gesprochen wird. Wir Junge Liberale
297 halten eine Kultur der Leistungsgerechtigkeit und sozialen Verantwortung für unabdingbar.
298 Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich innerhalb wie außerhalb der FDP auch über
299 das von Generalsekretär Lindner einberufene Symposium hinaus für eine Vertiefung der Dis-
300 kussion und für die Umsetzung des Bürgergeldsystems ein.

301 C.3.a Arbeitslosenversicherung

302 Die bisherige Arbeitslosenversicherung nach dem SGB III soll in Zukunft stärker als bisher pri-
303 vatisiert organisiert werden. In einem Steuer- und Transfersystem aus einem Guss nach Vor-
304 stellung der Jungen Liberalen („Bürgergeld“) ist kein Bedarf für darüber hinaus gehende öf-
305 fentlich-rechtliche Versicherungsleistungen. Diese können vielmehr nach der freien Entschei-
306 dung des Einzelnen von privaten Versicherungsanbietern bezogen werden. Die verbleibende
307 Aufgabe der Arbeitslosenversicherung wäre die Finanzierung der Arbeitsvermittlung.

308 C.3.b Bürgergeld

309 Die bisherigen Regelleistungen für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollen nach
310 wie vor durch das liberale Bürgergeld ersetzt werden; dieses macht auch eine Debatte über
311 „Aufstocker“ und Kombilöhne, wie sie teils geführt wird, hinfällig. Menschen, die aus gesund-
312 heitlichen Gründen nicht aus eigener Kraft heraus ihren Lebensunterhalt bestreiten können,
313 werden durch entsprechende Berücksichtigung ihrer Situation im Bürgergeld unterstützt. So-
314 mit kann sich die Bundesagentur voll und ganz auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und regi-
315 onalspezifisch agieren statt zentralistisch Arbeitssuchende zu verwalten.

316 D. Ausbildung

317 Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen in der klassischen Berufsausbildung eine wichtige
318 Funktion für das Erlernen von Wissen für das zukünftige (Berufs-)leben und sehen sich durch
319 deren weltweite Anerkennung bestätigt.

320 Nichtsdestotrotz ist seit Jahren ein Rückgang der verfügbaren Ausbildungsplätze zu beobach-
321 ten. So fehlen zehntausende Ausbildungsplätze. Auf der anderen Seite ist die Zahl der Men-
322 schen, die ohne Ausbildung ins Berufsleben einsteigen, seit Anfang der Neunziger Jahre um ein
323

dreifaches gestiegen. Ebenfalls ist zu beachten, dass bis zu 100000 Schulabgänger trotz Schulbesuch nicht die für die Aufnahme einer Ausbildung erforderliche Reife besitzen. Außerdem muss festgestellt werden, dass immer weniger Betriebe noch Auszubildende beschäftigen.

Dementsprechend sehen wir es als einen Schritt in die richtige Richtung an, dass die Landesregierung den Niedersächsischen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs für die Jahre 2010-2013 erweitert hat. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Zielsetzung, die Abgänge ohne Hauptschulabschluss auf 5% pro Jahrgang zu reduzieren. Des Weiteren sehen wir es als besonders wichtig und gut an, die Bildung an den allgemein bildenden Schulen den Ausbildungsberufen mehr anpassen zu wollen. Nur wer ausreichend schulisch vorgebildet wird, hat eine Chance auf dem Ausbildungsmarkt. Die Voraussetzung guter Ausbildungspolitik bleibt für die Jungen Liberalen daher eine qualitativ hochwertige schulische Bildung.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen diese Anpassung an die Zeit, aber sehen gerade auch im Zuge der Globalisierung die Notwendigkeit grundlegendere Reformen auf diesem Gebiet durchzuführen. Entsprechend kritisch ist zu sehen, dass dieser Pakt Millionen von öffentlichen Mitteln kostet und diese letztlich Subventionen von Ausbildungsplätzen darstellen, was aber, wenn man nachhaltig reformieren will, kein Konzept auf Dauer darstellen sollte.

Entscheidend für die Frage der Ausbildungsplatzknappheit sind die bürokratischen Hürden für die Schaffung von Ausbildungsplätzen. Zurzeit müssen eigens Ausbilder abgestellt und häufig auch extra geschult werden, was gerade kleine und mittelständische Betriebe von der Schaffung neuer Ausbildungsplätze abschreckt. Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind sich jedoch auch bewusst, dass Ausbildungsplätze nur dann Sinn machen, wenn die Qualität der Ausbildung sichergestellt ist. Sie fordern daher, dass an die Stelle des bisherigen „Ausbilder-Prinzips“ ein flexibilisiertes Zertifizierungssystem treten soll, in dem die Bundesagentur für Arbeit Betriebe für die Fähigkeit zur Ausbildung in einem kostengünstigen, beschleunigten und transparenten Verfahren zertifiziert.

Auch im Hinblick auf die anerkannten Ausbildungsberufe muss es eine Erweiterung für derzeit nicht anerkannte Ausbildungsberufe geben, sofern eine Ausbildung hier Sinn machen sollte. Durch die Deregulierung werden mehr Anreize für Betriebe geboten, so dass diese mehr Ausbildungsplätze anbieten können.

Gerade die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der unter 25-jährigen stellt ein sehr großes Problem dar. Zur Bekämpfung dieser setzen die Jungen Liberalen Niedersachsen vor allem auf eine enge Verzahnung zwischen regionalen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und staatlichen Institutionen. Gerade Jugendliche, die als schwer vermittelbar gelten, haben so eine reelle Chance, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Als Liberale setzen wir uns auch dafür ein, dass Menschen, die eine dafür angemessene Zeit lang in einem Betrieb ohne Berufsausbildung gearbeitet haben, einen Berufsabschluss oder zumindest die Möglichkeit zu einer Prüfung hierfür bekommen sollen. Es ist nicht zu ersehen, warum diese Menschen, die eine angemessene Zeit in ihrem Beruf gearbeitet haben und damit praktisch ihren Beruf ausüben, schlechter gestellt werden sollen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich zudem mit Nachdruck gegen eine immer wieder diskutierte sogenannte Ausbildungsplatzabgabe aus. Dies wäre lediglich eine Bekämpfung der Symptome, ohne auf die Ursachen von Ausbildungsplatzengpässen einzugehen. Langfristig würde sie zudem zu einem Erhalt von Berufszweigen führen die möglicherweise ansonsten ohnehin veraltet wären; als Beispiel sei hier der Kohlebergbau erwähnt.

Nicht zu kurz darf zudem ein selbstständiges Erlernen sein. Gesamtgesellschaftlich setzen wir uns dafür ein, dass ein lebenslanges Lernen und eine eigenständige lebenslange Fortbildung letztlich auch im Berufsleben, ganz unabhängig vom Abschluss und den Zeugnissen zum Erfolg führen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.01

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: Julian Müller, Christian Lamping

Libérale Hupkultur

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine liberale Hupkultur. Die aktuelle Gesetzeslage zu der Verwendung von Warnzeichen im deutschen Straßenverkehr ist ungenügend.

Der § 16 (1) StVO ist durch folgenden Satz zu ersetzen: „Schall- und Leuchtzeichen darf jede Person zu jedem Zeitpunkt in beliebiger Intensität und Dauer geben, die im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis ist und einen Personen- oder Lastkraftwagen lenkt.“

Der § 16 (3) StVO ist durch folgenden Satz zu ersetzen: „Schallzeichen dürfen aus einer beliebigen Folge verschiedener Töne bestehen.“

Der Einsatz so genannter Fanfaren mit unterschiedlichen Klängen ist dabei nach Ansicht der Jungen Liberalen Niedersachsen wünschenswert, um der Monotonie auf deutschen Straßen Einhalt zu gebieten und der individuellen Persönlichkeitsentfaltung gerecht zu werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.02

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Harburg-Land

Spitzensport - eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Julis bekennen sich dazu, dass die Förderung des Amateur-Spitzensportes eine Aufgabe ist, die in allererster Linie die breite Gesellschaft wahrzunehmen hat.

Wir fordern daher eine konsequentere Trennung zwischen Staat und Sport und eine Stärkung freier, spendenfinanzierter Fördervereine, wie zum Beispiel der gemeinnützigen Stiftung bürgerlichen Rechts „Stiftung Deutsche Sporthilfe“.

Wir fordern in diesem Zusammenhang insbesondere, dass Förderprogramme des Bundes und der Länder über Polizeibehörden oder die Bundeswehr auslaufen müssen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.03

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Stade

Jugendstrafrecht

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die gültigen Gesetze im Jugendstrafrecht müssen den heutigen Bedingungen angepasst werden. So fordern die Jungen Liberalen, dass das Jugendstrafrecht auch schon bei Jugendlichen ab 12 Lebensjahren angewandt werden kann und das volle Erwachsenenstrafrecht schon ab dem 18. Lebensjahr zur Geltung kommen muss.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.04

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Stade

Tagfahrlicht

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Das Einschalten des Abblendlichtes soll für Autofahrer Ganzjährig zur Pflicht werden und in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen werden.
Dieses würde viel zur Sicherheit auf unseren Straßen beitragen.

Begründung:

Erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.05

■ Innen, Recht &
Sport

■ Antragsteller: KV Hannover-Land

Libérale Sportpolitik

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

I. Einleitung

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die bedeutende Rolle des Sports in unserer Gesellschaft an. Der Sport ist ein wichtiger Faktor für Gesundheit und Integration. Das ehrenamtliche Engagement spielt dabei eine besonders entscheidende Rolle. Unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge kommt dem Staat daher im Sport eine wichtige Förderungsrolle zu.

Auch wirtschaftliche Interessen sind in den Breiten- und Leistungssport in neue Dimensionen vorgedrungen: Maßgeblich breitensportlich geprägte Veranstaltungen wie Marathons oder Triathlons sind zu wichtigen kommunalen Standortfaktoren geworden. Der Spitzensport bringt durch Großveranstaltungen wie jüngst die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wirtschaftlichen Schwung und bietet zudem tausende Arbeitsplätze.

Maximen liberaler Sportpolitik sind immer Autonomie und Subsidiarität.

II. Zuständigkeiten

Im Mittelpunkt liberaler Sportpolitik stehen Autonomie und Subsidiarität. Probleme sind daher auf möglichst niedriger Ebene zu lösen.

Aus diesem Grund lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen den Verstoß der Europäischen Kommission, sich mit dem Weißbuch Sport auch in die Sportpolitik zu einzumischen, als unzulässigen Eingriff entschieden ab. Auf europäischer Ebene sind vor allem Austauschprogramme sinnvoll, die den interkulturellen Dialog fördern. Dazu zählt zum Beispiel das Eurathlon-Projekt, das den Austausch von Sportlern fördert.

In Deutschland hat man mit der grundsätzlichen Zuständigkeit des Bundes für den Spitzensport und der Länder und Kommunen für den Breitensport eine auch für die Zukunft sinnvolle Regelung gefunden. Ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips kommt vor allem den Kommunen eine zentrale Rolle zu. Vertikale Finanzzuweisungen der Länder an die Kommunen sind zu diesem Zweck sehr zu begrüßen.

Grundsätzlich weist die Sportpolitik zahlreiche Schnittmengen mit anderen Politikfeldern auf. Dazu zählen zum Beispiel die Kultur-, Sozial-, Gesundheits-, Innen- und Bildungspolitik. Die Schaffung eines einheitlichen Sportministeriums lehnt die Jungen Liberalen Niedersachsen dennoch als bürokratischen Kostenfaktor ab. Gleichzeitig sind die Innen- und Sportminister des Bundes und der Länder aufgefordert, den Sport nicht mehr nur als repräsentatives Anhängsel zu betrachten, sondern ihm verstärkte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz. Ein Bekenntnis zur Bedeutung und Autonomie des Sports, etwa durch die Aufnahme in das Grundgesetz unter Artikel 20b, ist kein bloßes Lippenbekenntnis, sondern sichert dem Sport eine angemessene Wertschätzung in Abwägungsfragen.

III. Ehrenamt stärken!

Das ehrenamtliche Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern bildet eine Stütze unserer Gesellschaft. Ein großer Teil dieser unentgeltlichen Arbeit erfolgt in den Sportvereinen. Ehrenamt ist gelebter Liberalismus: Statt sich auf den Staat zu verlassen, nehmen Ehrenamtliche ihr Glück selbst in die Hand und arbeiten für das, was ihnen wichtig ist.

Ehrenamtliche Arbeit muss deshalb attraktiver gemacht werden. Der ehrenamtliche Charakter darf dabei nicht verloren gehen und es darf keine Konkurrenz zur Erwerbsarbeit entstehen. Ausdrücklich begrüßen die Jungen Liberalen Niedersachsen die von der Großen Koalition erlassene Steuererleichterungen für Ehrenamtliche wie die Erhöhung der Übungsleiterpauschale. Von entscheidender Bedeutung ist auch der Bürokratieabbau im Sport. Vor allem durch undurchsichtige und unlogische Steuerregelungen sehen sich viele kleine Vereine großen Herausforderungen gegenüber. Hier ist ein einfacheres System zu schaffen.

IV. Schulsport

Für die Jungen Liberalen Niedersachsen ist der Sport ein unerlässlicher Teil des Schulsystems. Ziel des Sportunterrichts sind die Freude an der Bewegung und die Motivation zu einer langfristig gesunden Lebensführung. Unter den Aspekten der Gesundheitsvorsorge sowie der Gewalt- und Drogenprävention spielt er insbesondere für Kinder und Jugendliche eine entscheidende Rolle. Nennenswert sind dabei auch Erfahrungswerte über den Zusammenhang zwischen Bewegung und Konzentration.

Eine Senkung der Pflichtstundenzahl an niedersächsischen Schulen steht für die Jungen Liberalen Niedersachsen nicht zur Debatte. Für weitere Sportangebote sind neue Finanzierungsquellen heranzuziehen. Neben dem Sponsoring können dabei vor allem Kooperationen mit Sportvereinen attraktiv sein. Gerade in Ganztagschulen kann das ein sinnvolles Modell für alle Beteiligten sein.

Die Freiheit der Schüler muss auch im Sportunterricht stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Insbesondere lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen daher bestehende Vorgaben ab, nach denen in der Qualifikationsphase jeweils zwei Spiele und Individualsportarten zu wählen sind.

Damit eventuelle Probleme und regionale Unterschiede aufgedeckt werden können, unterstützen die Jungen Liberalen Niedersachsen das Projekt Fitnesslandkarte Niedersachsen.

V. Sport im Fokus der Medien

Schon immer steht gerade der Spitzensport im Fokus der Massenmedien. Ereignisse wie Weltmeisterschaften und Olympische Spiele elektrisieren Millionen von Menschen und treiben sie vor die Fernsehschirme.

Sport stellt ein wichtiges Kulturgut dar. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien, die gesamte Bandbreite des Sports darzustellen. Dabei ist Augenmaß zu bewahren. Für die Jungen Liberalen Niedersachsen sind kostenintensive Liveübertragungen keine originär öffentlichen Aufgaben. GEZ-Gebühren dürfen daher nicht für sehr teure Verwertungsrechte, insbesondere für Welt- und Europameisterschaften sowie für die Bundesliga, ausgegeben werden. Diese Aufgabe kann auch von privaten Sendern übernommen werden.

Das staatliche Sportwettenmonopol ist ersatzlos zu streichen. Sportwetten müssen auch privat angeboten werden dürfen.

Auch im Schnittbereich der Medien und des Sports lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen unnötige staatliche Einflussnahme ab. Beispielsweise darf die Entscheidung zwischen zentraler und eigener Vermarktung nicht politisch und kartellrechtlich beeinflusst werden, sondern muss der Autonomie der Sportverbände überlassen bleiben.

VI. Internationale Sportpolitik

Internationale Sportförderung ist aktive Friedenspolitik. Die durch den Sport vermittelten Werte wie gegenseitiger Respekt und Fairness sowie insbesondere die Begegnung mit anderen Sportlern können das gegenseitige Verständnis fördern.

Wichtige Aufbauarbeit wie Trainerausbildung und Infrastrukturprojekte müssen deswegen auch weiterhin in Zusammenarbeit mit dem DOSB und anderen Sportverbänden gefördert werden. Dabei sollte insbesondere der völkerverbindende Charakter des Sports genutzt werden.

Sport ist somit nicht unpolitisch. Dennoch dürfen Konflikte nicht auf dem Rücken des Sports ausgetragen werden. Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen deswegen den Boykott olympischer Spiele oder anderer großer Sportereignisse aus politischen Gründen ab. Politische Zeichen können anders gesetzt werden, etwa durch den Boykott der Eröffnungsveranstaltung.

Im deutschen Interesse ist es auch, vermehrt internationale Großveranstaltungen ins Land zu holen. Steuerliche Standortnachteile müssen dafür abgebaut werden. Dazu zählt etwa die sogenannte Quellensteuer in Höhe von 20%, die auf Einnahmen ausländischer Sportler bei internationalen Veranstaltungen in Deutschland gezahlt werden muss. Hier sind insbesondere die Begünstigungen einiger weniger Veranstaltungen aufzuheben. Es kann nicht sinnvoll sein, dass Fußballweltmeisterschaften entlastet werden, Eishockeyturniere hingegen nicht.

VII. Der Sport zwischen Sicherheit und Bürgerrechten

Der Sport im 21. Jahrhundert sieht sich großen Herausforderungen gegenübergestellt. Dazu zählt auch die sukzessive Beschneidung der Bürgerrechte, die bei Sportfans besonders massiv ist. Zu schützen sind zudem insbesondere die Rechte jugendlicher Sportler.

Nach wie vor stellt Gewalt im Zusammenhang mit Sportereignissen ein Problem dar. Es ist deshalb von großer Bedeutung, insbesondere Initiativen aus der Fanszene zu unterstützen, die Zeichen gegen Rassismus, Extremismus und Gewalt setzen. Es ist deshalb unverständlich, dass die Finanzierung der Fanprojekte weiterhin sehr im Argen liegt und hinter den ursprünglichen Zielen hinterherhinkt. Prävention kann schließlich häufig mehr erreichen als Abschreckung und Bestrafung.

Damit unumstößliche Bürgerrechte auch für Sportfans gelten, müssen bestehende erhebliche Missstände bei der Gewalttäterdatei Sport beseitigt werden. In dieser werden u.a. Personen gespeichert, gegen die im Zusammenhang mit einem Sportereignis ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde – selbst dann, wenn dieses eingestellt wurde oder mit einem Freispruch endete. Die Daten Erwachsener werden fünf Jahre gespeichert. Nach Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg gibt es für die Gewalttäterdatei Sport keine verfassungsmäßige Grundlage. Dies ist umgehend durch besseren Schutz der Bürgerrechte zu ändern. Unter anderem ist darauf zu achten, dass in die Datei Aufgenommene transparent von der Speicherung erfahren und dass die Dauer der Speicherung maßvoller erfolgt.

Die Videoüberwachung in den modernen Stadien hat zur Verbesserung der Sicherheitslage im Profisport in den letzten Jahren beigetragen und kann deshalb auch vom liberalen Standpunkt nicht völlig abgelehnt werden. Die fortschreitende Ausweitung dieser Maßnahmen sogar im Umfeld der Stadien ist abzulehnen. Der Fan darf nicht als potentieller Schwerverbrecher behandelt werden, wie penible Einlasskontrollen – in Einzelfällen bis hin zur völligen Entkleidung – nahe legen.

Der Kampf gegen Rassismus hat im Profisport in den letzten Jahren Früchte getragen. Das Problem ist aber weiterhin häufig im Amateursport anzutreffen. Es ist wichtig, gerade hier mit Nachdruck Projekte zu fördern, die Homophobie und Rassismus gegen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bekämpfen.

VIII. Doping

Auch der liberale Grundsatz der Eigenverantwortung des Sportlers rechtfertigt kein Doping. Doping stellt einen Betrug der Konkurrenten und letztlich auch der Zuschauer und Veranstalter dar und deshalb entschieden zu bekämpfen. Die derzeitigen Mittel und Wege reichen dafür nicht aus. Der medizinische Fortschritt stellt die Dopingbekämpfung durch neue Formen wie insbesondere dem Gendoping vor neue Herausforderungen.

Um die Nationale Antidopingagentur (NADA) für diese zu rüsten, ist die bessere finanzielle Ausstattung essentiell. Dies soll nicht nur über stärkere öffentliche Ausgaben geschehen. Auch der Sport selber ist gefordert, etwa über eine Pflichtabgabe von Sponsoreneinnahmen. Schon ein Anteil von 0,5% für die NADA bedeutete einen großen Schritt nach vorne.

Die Anreize für die Sportverbände, Doping dezidiert zu bekämpfen, sind zu erhöhen. Dafür müssen bei mangelnder Kooperationsbereitschaft Haushaltssperren verhängt werden: Wer Betrügereien nicht entgegnet, erhält auch nichts vom Steuerzahler.

Auch die rechtliche Bestrafung der Dopingsünder muss erleichtert werden. Dafür ist ein Straftatbestand des Sportbetrugs einzuführen, der vorsätzliche Sportbetrüger und deren Hintermänner bestraft. Eine Besitzstrafbarkeit ist hingegen abzulehnen, da sie auch viele Hobbysportler, etwa im Kraftsport, kriminalisiert. Im Breitensport ist stattdessen verstärkt auf Aufklärung zu setzen. In diesem Rahmen unterstützen die Jungen Liberalen Niedersachsen das Projekt „Stark ohne Doping“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung nachdrücklich.

Bei aller berechtigten Entschlossenheit im Kampf gegen Doping dürfen aber strafrechtliche Grundsätze wie die Unschuldsvermutung nicht über Bord geworfen werden. Sperren und Verurteilungen dürfen daher nicht, wie etwa im Fall Claudia Pechstein, nur aufgrund vager Indizien erfolgen.

IX. Integration

Der Sport ist einer der Schlüssel zur Integration. Menschen mit unterschiedlicher Herkunft treiben gemeinsam Sport. Es lässt sich jedoch feststellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland erheblich seltener in Sportvereinen organisiert sind und sich seltener ehrenamtlich in diesen engagieren. Aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen darf dieses Problem jedoch nur durch Integration, nicht aber durch Segregation bekämpft werden. So lehnen wir Ausnahmen im Sport- und Schwimmunterricht aus religiösen Gründen ab; der Bildungsauftrag steht hier über der Religionsfreiheit. Auch herkunftsgebundene Sportvereine sehen wir kritisch.

Damit der Sport sein integratives Potential entfalten kann, muss ein von vielen Händen getragener Aktionsplan ins Leben gerufen werden. Durch Kooperation von Schulen und Hochschulen, Unternehmen und Betrieben, Politik und Vereinen könnte hier eine Menge erreicht werden.

X. Sport für Menschen mit Behinderungen

Der Behindertensport hat in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Paralympics werden vom kleinen Bruder der Olympischen Spiele immer mehr zum Großereignis im Brennpunkt der medialen Aufmerksamkeit. Für Menschen mit Behinderungen kann der Sport eine sehr bedeutende Rolle spielen. So kann er etwa bei der Reintegration in der Gesellschaft nach dem Schicksalsschlag der Behinderung helfen. Besonders erwähnenswert ist die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der behindertensportlichen Forschung. Orthopädische Hilfsmittel, die ursprünglich den behinderten Leistungssportlern dienen sollten, erleichtern nun allen Behinderten das Leben.

Der wachsenden Bedeutung des Behindertensportes muss man auch mit angemessener Förderung der Leitungssportler gerecht werden. Diese beginnt im Nachwuchsbereich, der hier allerdings bei nicht angeborenen Behinderungen auch im Erwachsenenalter liegen kann. Um die Talente angemessen zu fördern, werden Eliteschulen für Behindertensportler benötigt. Dafür werden insbesondere speziell ausgebildete Trainer für Behindertensportler gebraucht. Auch die sportwissenschaftliche Begleitung des Trainings behinderter Sportler ist zu intensivieren. Die Förderung des Behindertensports beginnt aber auch schon in der Schule. Hier ist es wichtig, dass körperlich Behinderte nicht etwa einfach auf die Bank gesetzt, sondern nach Möglichkeit in den Unterricht eingebunden werden.

Die finanzielle Unterstützung der Sportler durch die Stiftung Deutsche Sporthilfe muss verbessert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.06

■ Innen, Recht & Sport

■Antragsteller: KV Diepholz

Liberaler gegen Nacktscanner

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich gegen die Aufstellung von Nacktscannern ein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.07**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: KV Helmstedt**

Sport als Einbringungsverpflichtung in die Profiloberstufe integrieren

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen fordern die niedersächsische Landesregierung auf, das Schulfach Sport als Einbringungsverpflichtung im Abitur zu definieren.

Im bisherigen Profiloberstufenmodell muss jedes belegte Fach mit mindestens zwei Halbjahren in die Abiturwertung eingebracht werden – ausgenommen ist hierbei jedoch lediglich das Schulfach Sport.

Für die Jungen Liberalen Niedersachsen ist diese derzeitige Situation inakzeptabel, da das Schulfach Sport nicht nur mit allen anderen Fächern gleichgestellt werden muss (mit einer Belegungsverpflichtung von 4 Halbjahren, wovon zwei Ergebnisse verpflichtend einzubringen sind), sondern auch einen Stellenwert erlangen muss, der sich an dem Idealziel einer lebenslangen, gesunden Lebensführung orientiert.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.08

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Osterholz

Zulassung natürlicher Cannabis-Präparate

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen fordern die sofortige Legalisierung von natürlichen Cannabis-Präparaten. Die Hanfpflanzen sollen von ausgewählten Betrieben kontrolliert angebaut und weiterverarbeitet werden. Die Abgabe der Cannabis-Präparate soll über Apotheken erfolgen und müssen von einem Arzt verschrieben werden. Die Jungen Liberalen befürworten stark natürliche Cannabis-Präparate, zu denen auch Marihuana und Haschisch zählen, gegenüber schon heute zugelassenen synthetischen Cannabispräparaten, wie Marinol. Nicht nur sind der Anbau und die Verarbeitung wirtschaftlicher, sondern auch die Wirkung der natürlichen Präparate ist besser als die der synthetischen THC-Medikamente, da sie Ganzpflanzenzubereitungen sind und nicht nur einzelne Cannabinoide enthalten. Außerdem ist das BTM-Gesetz so zu ändern, dass die zulässige Tagesdosierung von THC nicht begrenzt ist, und der behandelnde Arzt selbst über die Höhe der Dosis entscheiden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.09**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: KV Osterholz**

Spätabtreibungen verhindern

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen setzen sich dafür ein, Spätabtreibungen nur noch dann zu erlauben, wenn eine unmittelbare Gefahr für das Leib und Leben der Mutter bei einer Weiterführung der Schwangerschaft besteht, oder schwerste Erkrankungen des Ungeborenen bestehen, sodass dieses postnatal keine Überlebenschancen hat.

Begründung:

Spätabtreibungen sind Abtreibungen, die nach der 22. Schwangerschaftswoche durchgeführt werden. Die heutige Rechtslage lässt diesen Schwangerschaftsabbruch straffrei, sofern eine medizinische Indikation vorliegt, die eine schwerwiegende körperliche oder seelische Beeinträchtigung der Mutter bedeuten würde.

Weitere Begründung erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.10**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: Dirk Joostberends, Michael Bergstermann, Fabian Ettrich, Verony Reichelt, David Salm, Julia Bretz, Sascha Schade**

Rückführungen von Roma in den Kosovo aussetzen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für die Aussetzung der Rückführungen in die Republik Kosovo ein. Sollten sich die sicherheitsrelevanten, sozialen und gesundheitspolitischen Gegebenheiten vor Ort deutlich verbessern, können die Rückführungen wieder fortgeführt werden. Die Überprüfung der Sicherheitslage soll anhand klarer Kriterien erfolgen. Dabei sollen die Bedenken und Erkenntnisse der Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen berücksichtigt werden.

Begründung:

Der UN-Flüchtlingskommissar betrachtet die Sicherheitslage für die Roma-Minderheit im Kosovo nach wie vor als defizitär. Die Roma würden nach wie vor verfolgt, diskriminiert und benachteiligt. Justiz und Polizei seien noch nicht flächendeckend in der Lage, eine stabile Sicherheitslage für die Roma zu gewährleisten. Zudem sei die Hemmschwelle oft groß, die Justiz einzuschalten. Ähnlich argumentieren Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International. Selbst das Auswärtige Amt schätzt die Sicherheitslage zwar als ruhig aber nicht stabil ein.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.11

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt

Sexuelle Orientierung als Grundrecht

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Der Artikel 3 des Grundgesetzes ist in Absatz 3 um den Zusatz „seiner sexuellen Orientierung“ zu ergänzen. Die FDP in Niedersachsen wird von den Jungen Liberalen aufgefordert, eine entsprechende Initiative im Bundesrat zu unterstützen oder zu initiieren.

Begründung:

Bisher lautete Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz wie folgt:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Nach der Änderung soll er wie folgt lauten:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Orientierung, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Sexuelle Orientierungen sind, sofern sie nicht die Rechte Dritter einschränken, kein Grund zur Benachteiligung und sollten entsprechend im Grundgesetz Erwähnung finden. Entsprechende Sittengesetze, wie sie zur Zeit der Gründung der BRD üblich waren, sind mit dem gesellschaftlichen Wandel als überholt angesehen worden und daher kein Maßstab mehr für eine Nichtbeachtung sexueller Identifikationen im Grundgesetz.

Auf der europäischen Ebene hat die sexuelle Orientierung bereits einen festen Platz, etwa im Vertrag von Nizza, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und dergleichen mehr.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.12**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: KV Vechta**

Verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Bundes- und Landesregierung auf, verstärkt gegen Linksextremismus vorzugehen.

Politisch motivierte Straftaten stellen eine große Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar. Wir als Junge Liberale positionieren uns klar gegen extremistische Gruppierungen deren Sinn und Zweck es ist den Staat und seine Institutionen zu bekämpfen. Um den rückläufigen Aufklärungsquoten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität entgegenzuwirken, ist aus unserer Sicht eine Stärkung der Strafverfolgungsbehörden und des Verfassungsschutzes notwendig.

Weiterhin fordern wir, die Öffentlichkeit stärker für Linksextremismus zu sensibilisieren. Vor allem über den Schulunterricht hat eine solche Aufklärungsarbeit hohe Erfolgschancen. Als Liberale ist es uns aber wichtig, dass sich eine solche Kampagne nicht gegen eine politische Ideologie, sondern gegen politisch motivierte Kriminalität und menschenrechtswidrige Auswüchse dieser Ideologien richtet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.13

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Braunschweig

Antrag zur Raucherlaubnis während des Abiturs

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Junge Liberale Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, während der zentralen Abiturprüfungen den Prüflingen das Rauchen auf einer begrenzten Fläche des Schulhofes zu gestatten.

Begründung:

Für die rauchenden Abiturienten/innen werden die Abiturklausuren problematisch, da sie während der Klausur weder das Schulgelände verlassen dürfen noch auf dem Schulgelände rauchen dürfen.

Daher ist an dieser Stelle eine Ausnahmeregelung im Nichtraucherschutzgesetz sinnvoll, um den niedersächsischen Abiturienten wieder die Möglichkeit des Rauchen während Klausuren zurückzugeben.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.14

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Braunschweig

Auch Urnenbewohner haben Wünsche!

Für eine Liberalisierung der Bestattungsverordnungen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen lehnen eine Einschränkung bei der Begräbnisstellenwahl für Urnen ab. Sie fordern daher, bisher geltende Einschränkungen bei der Begräbnisstättenwahl für Urnenbestattungen aufgehoben werden und damit der freie Wille und letzte Wunsch von Verstorbenen und/oder deren Nachkommen erfüllt werden kann.

Gesetzliche Regelungen, die eine freie Wahl des Bestattungsortes auf privaten oder speziell dafür vorgesehenen öffentlichen Flächen verbieten oder einschränken, sind aufzuheben und die freie Bestimmung des Bestattungsortes zu kodifizieren.

Begründung:

Viele Menschen wünschen sich auch nach Ihrem Tod bei oder in der Nähe ihrer Familie weiter“leben“ zu können. Dieser Wunsch soll durch das Beisetzen der Urne auf dem eigenen Grundstück oder durch Aufbewahrung der Urne in der Wohnung verwirklicht werden.

Die Realisierung dieses Wunsches ist in Deutschland jedoch kaum möglich, da die Urnenbestattung in Deutschland strengen Regularien unterliegt. Der geltende Friedhofszwang macht es Verstorbenen und/oder deren Nachfahren fast unmöglich, die Bestattung einer Urne auch außerhalb eines Friedhofes beisetzen zu lassen oder aufzubewahren.

Die gesetzlichen Regelungen der Urnenbeisetzung gehen größtenteils auf die 1930er Jahre zurück und basieren darauf, dass eine effektive Verbrennung des Leichnams, in Hinsicht von gesundheitlichen Aspekten, kaum möglich war. Nicht nur hat sich jedoch die Verbrennungstechnik an sich bis heute massiv weiterentwickelt, sondern auch die rechtlichen Bestimmungen die die Rahmenbedingungen für die Verbrennung eines Leichnams festsetzen. So sind heute beispielsweise Verbrennungstemperaturen und Brenndauer ausreichend, um jedwede gesundheitliche Gefährdung von den überbleibenden Knochen- und Ascheresten auszuschließen.

Auch die Rechtsprechung trägt, sofern sie zum Teil einen Ermessensspielraum bei der Genehmigung für Ausnahmeregelungen für Bestattungen außerhalb eines Friedhofes hat, den Wünschen und dem Wandel in der Gesellschaft diesbezüglich keine Rechnung.

Mit Verweis auf den „fehlenden Wandel sittlicher Vorstellungen“ und die Totenruhe werden regelmäßig entsprechende Klagen abgewiesen, bei denen eine Bestattung außerhalb eines Friedhofes begehrt wird.

Da eine solch antiquierte Rechtsausgestaltung und -auslegung weder dem Stand der Technik noch der gesellschaftlichen Meinung und den Wünschen der Betroffenen entspricht, fordern die Jungen Liberalen eine Aufhebung der Beschränkungen für Urnenbestattungen und eine

- 48 freiheitliche Regelung, die eine Berücksichtigung der individuellen Wünsche von Verstorbenen
49 bzw. deren Nachfahren ermöglicht.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.15

■ Innen, Recht &
Sport

■ Antragsteller: KV Braunschweig

Keine Änderung der Verjährungsfristen für Sexualdelikte

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich gegen eine Anhebung der Verjährungsfristen von Sexualdelikten aus.

Begründung:

Die aufgrund aktueller Ereignisse aufgekommene Diskussion über die Verjährungsfristen von Sexualdelikten bedient momentan vorrangig populäre Forderungen, die denen der Diskussion des Strafmaßes für pädophile Straftäter ähnelt.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die FDP dazu auf, sich nicht an einer solch ausschließlich populistischen Debatte zu beteiligen, die nur den Zeitgeist nach einer längeren Strafbarkeit für Sexualdelikte befriedigen soll.

Das deutsche Strafbemessungssystem inklusiver der geltenden Verjährungsfristen für Straftaten aller Art, ist über Jahrzehnte hinweg entwickelt worden und gilt weltweit als eines der führenden, in seiner Ausgeglichenheit. Würde jedoch bei jeder Diskussion, die auf einer Empörung der Öffentlichkeit zurück geht, um die Anpassung der Regelungen des Strafgesetzbuches dem Willen nach Verschärfung stattgegeben werden, müsste man mittlerweile jede zu moralisch als falsch empfundene Straftat mit höchstmöglichen Strafen ahnden. Damit wäre folglich auch jedes Gleichgewicht des gewollten Strafcharakters einer Strafe vollkommen außer Verhältnis.

Soweit auf den andauernden psychologischen Schaden durch eine Sexualstraftat verwiesen und damit die Verlängerung der Verjährungsfristen begründet werden soll, wird außer Acht gelassen, dass auch jede andere Art von Straftaten langfristige Schäden psychologischer Art nach sich ziehen kann. Opfer von Schlägereien leiden zum Teil ihr Leben lang an Angstzuständen, Opfer von Einbrüchen an Ängsten vor der Wiederholung und Überfallopfer an Verfolgungsängsten.

Der Jungen Liberalen sprechen sich daher für einen Erhalt der geltenden Regelungen und eine sachdienliche Debatte und gegen die Befriedigung eines populistischen Bedürfnisses aus.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.16

■ Innen, Recht &
Sport

■ Antragsteller: KV Hameln-Holzwinden, LAK Innen-, Rechts- & Sportpolitik

Ressourcen für den Katastrophenschutz in Niedersachsen erschließen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Private Organisationen wie z.B. nichtstaatliche Krankentransporte und Rettungsdienste werden in Niedersachsen bei entsprechender Eignung in den Katastrophenschutzplan aufgenommen, wenn dies dem Katastrophenschutzdienst dienlich ist.

Das zuständige Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration als oberste Fachaufsicht ist aufzufordern, die Nutzung zusätzlicher Ressourcen der privaten, zum Katastrophenschutz geeigneten, Organisationen durch die kommunalen Behörden zu prüfen und durch entsprechende Maßnahmen nachhaltig zu unterstützen.

Begründung:

Verschiedene Ereignisse wie eine zunehmende Anzahl von Naturkatastrophen oder die allgegenwärtige Bedrohung durch Terroranschläge verbunden mit einer stetigen Verringerung von personellen und finanziellen Ressourcen haben die Lage im Katastrophenschutz in den letzten Jahren erheblich verschärft. Diese Tatsache kann inzwischen nicht länger geleugnet werden, sondern wird auch auf Bundesebene seit Vorlage des Grünbuchs Öffentliche Sicherheit am 23.09.2008 offensiv diskutiert. Einer der Verfasser dieses Grünbuchs ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Hartfried Wolff. Seit weit über einem Jahrzehnt bemühen sich der Landesverband privater Rettungsdienste und seine Mitgliedsbetriebe um die freiwillige Mitwirkung im Katastrophenschutz des Landes Niedersachsen. Von einzelnen positiven Ausnahmen abgesehen, stehen die primär zuständigen Behörden auf Kreisebene diesen Bemühungen abwehrend oder gar offensichtlich feindselig gegenüber. Auch vom federführenden Ministerium ist keinerlei Unterstützung zu erfahren.

Die privaten Rettungsdienste im Land verfügen über ein erhebliches Potenzial an gut ausgebildeten Einsatzkräften und umfangreiches Material für den Sanitätsdienst. Bei zahlreichen Großeinsätzen im In- und Ausland (z. B. Castortransporte, Elbehochwasser) wurde die Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Im Katastrophenfall werden die privaten Rettungsdienste von den zuständigen Behörden zwar mit eingesetzt, aber sie dürfen nicht an den Katastrophenschutzübungen, bei denen die Logistik und Kommunikation im Ernstfall geübt wird, teilnehmen. Dieses stellt nicht nur eine mangelhafte Nutzung von Ressourcen dar, sondern beeinträchtigt auch das optimale Funktionieren der Rettungskräfte im Einsatz.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.17

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Hannover-Stadt; LAK Innen-, Rechts- & Sportpolitik

Rechtsextremismus in Niedersachsen bekämpfen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen betrachten mit Sorge das Wachstum rechter Strukturen in Niedersachsen in Kreisen der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der so genannten „Freien Kameradschaften“. Der Verankerung rechtsextremen Gedankenguts in bürgerlichen Strukturen des ländlichen Raumes in Teilen Niedersachsens muss konsequent entgegen gewirkt werden. Die Jungen Liberalen sehen die dringende Notwendigkeit die Aufklärungsarbeit über die Gefahren des Rechtsextremismus vor Ort zu verstärken.

Mit großer Sorge betrachten wir die zunehmende Radikalisierung der rechten Szene in so genannten „Freien Kameradschaften“. Der Fahndungsdruck auf diese gewalttätigen Kreise muss stark erhöht werden. Rechte Straftaten dürfen nicht unter dem Gesichtspunkt der „Geringfügigkeit“ behandelt werden.

Die freiheitlichdemokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland verbietet eine solche Verfahrensweise. Der Staat muss im Sinne der „wehrhaften Demokratie“ gegen die Feinde der Freiheit vorgehen.

Des Weiteren muss die Aufklärungsarbeit über die Gefahren von Rechts stark erhöht werden. Neben der umfassenden Information über die menschenverachtende Ideologie rechter Kreise in Niedersachsens Schulen muss auch die außerschulische Aufklärungsarbeit Einzug beispielsweise in das Vereinswesen halten.

Die JungenLiberalen Niedersachsen fordern die niedersächsische Landesregierung auf, einen konkreten Maßnahmenplan für neue Aufklärungsprojekte im Laufe dieser Legislaturperiode vorzulegen.

Geeignete Maßnahmen aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen sind u. a.:

- eine stärkere Unterstützung kommunaler Maßnahmen zur Förderung ehrenamtlicher Jugendarbeit in Vereinen und Jugendzentren
- mehr Sportangebote für Jugendliche auf dem Land
- Unterstützung gezielter Werbemaßnahmen von Jugendlichen durch bestehendeVereine
- Änderung der Lehrpläne im Geschichtsunterricht
- Vorträge von Holocaustopfern an Schulen
- den Dialog mit Jugendlichen im rechten Spektrum zu suchen
- die Integration in der Gesellschaft und an Schulen zu stärken

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.18

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: David Salm, Andrej Meyer

Grundrechte wahren – Nacktscanner-Einsatz verhindern

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

I.) Allgemeines

Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen den Einsatz so genannter Nackt- oder Ganzkörperscanner in Sicherheitsschleusen öffentlicher Bereiche ab. Diese Geräte erstellen mithilfe einer neuartigen Strahlentechnologie ein detailliertes, dreidimensionales Abbild des menschlichen Körpers, um unter der Kleidung versteckte Fremdkörper zu identifizieren. Ihr Einsatz steht nach dem vereitelten Terroranschlag in Detroit erneut im Fokus einer öffentlichen Diskussion. Die Forderung entbehrt dabei jeder sachlichen Grundlage, da insbesondere der besagte Anschlagversuch durch den Einsatz der Geräte nicht hätte verhindert werden können. Vielmehr war es die Zivilcourage eines Einzelnen, die viele Menschenleben gerettet hat.

Für die Jungen Liberalen ist die geplante Maßnahme angesichts des allenfalls minimalen und meist nur gefühlten Sicherheitsgewinns nicht akzeptabel, sondern stellt vielmehr einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre des Einzelnen dar. Den Bürgern die Verantwortung für couragiertes Handeln abnehmen zu wollen, ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich.

II.) Grundrechte schützen

Grundsätzlich untersuchen heutige Ganzkörperscanner den menschlichen Körper immer vollständig, auch wenn – wie bei der sogenannten „2. Generation“ – am Anzeigegerät einzelne Bereiche unkenntlich gemacht werden. Diese Erfassung widerspricht der nach dem Grundgesetz unantastbaren Menschenwürde, auch wenn die Bilder anonymisiert werden. Davon abgesehen kann eine solche Untersuchung niemals wirklich anonym sein, denn es muss immer eine Verbindung zwischen Verdächtigem und Scannerbild hergestellt werden können.

Auch liegt ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit vor, da der Körper des Betroffenen Terahertzwellen ausgesetzt sind, deren langfristige Gesundheitsgefahren bisher nur unzureichend untersucht sind.

III.) Generalverdacht entgegentreten

Die Bürger werden durch immer weitere Sicherheitsgesetze und -maßnahmen unter einen zunehmenden Generalverdacht gestellt. Die Jungen Liberalen sehen in den Scannern einen weiteren Schritt in eine Welt, die ihren Bürgern nicht mehr traut und deshalb erkämpfte Freiheit opfert. Dies ist mit einem liberalen Gesellschaftsentwurf nicht vereinbar.

IV.) Alternativen & Maßnahmen

Die Jungen Liberalen beschränken sich nicht darauf, im Raum stehende Vorschläge zu kritisieren. Vielmehr ist es gerade im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse eine dringende Notwendigkeit, das bestehende Vollzugsdefizit bei der Terrorabwehr zu schließen. Der Anschlagversuch von Detroit hätte bereits verhindert werden können, bevor der Attentäter das Flugzeug bestiegen hat, wenn die Geheimdienste vorhandene, eindeutige Hinweise auf dessen Pläne effektiv verarbeitet und zur Kenntnis genommen hätten. Dazu gehört auch die Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

48 So kann effektiv Sicherheit erreicht werden, ohne unnötig in Grundrechte der Bürger
49 einzugreifen.

50

51

52 Begründung:

53 Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

2.01**■ Internationale
Politik****■Antragsteller: KV Göttingen**

1 Für die Überarbeitung der Regeln für die Europäische Währungsunion

2
3 *Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:*

4
5 Die Jungen Liberalen fordern die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten der EU auf, den
6 Maastricht-Vertrag zu überarbeiten.

7 In dem Vertrag zu Maastricht, der die Regeln der Europäischen Währungsunion regelt, finden
8 sich zwei zentrale Schwächen, die behoben werden müssen.

9 Die Kriterien zur Aufnahme eines neuen Staates in die Europäische Währungsunion sind in der
10 heutigen Fassung nicht ausreichend. Es darf bei den vorhandenen Kriterien keine Ab- oder
11 Aufweichungen mehr geben. Ebenfalls ist die Einführung weiterer Kriterien zur Absicherung
12 der Stabilität des Euros zu prüfen.

13 Die fehlende Exit-Option im Maastricht-Vertrag der Europäischen Währungsunion muss
14 dringend ergänzt werden. Momentan fehlen in dem Vertragswerk die Möglichkeit eines
15 Ausschlusses von Mitgliedern bei erheblichen Verstößen, sowie eine Regelung für den Austritt
16 eines Staates aus der Währungsunion auf eigenen Wunsch. Die Jungen Liberalen fordern, dass
17 auf europäischer Ebene eine Regelung mit klaren Kriterien zum Ausschluss von
18 Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion erarbeitet und dem Regelwerk der EU
19 angefügt wird. Gleichzeitig soll ein Ablaufprotokoll zur praktischen Umsetzung des
20 Ausscheidens – sei es wegen eines Ausschlusses oder wegen eines freiwilliges Austritts –
21 erstellt werden.

22
23 Begründung:

24 Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

2.02■ Internationale
Politik

■ Antragsteller: KV Göttingen

Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die FDP-Bundestagsfraktion und die FDP-Abgeordneten der ALDE Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich offensiv für den Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion einzusetzen.

Der Ausschluss ist in der andauernden Fälschung von Haushaltszahlen begründet. Da ebenfalls die Zahlen zu Zeit der Aufnahme gefälscht waren, hat Griechenland nie die Aufnahmebedingungen für die Europäische Währungsunion erfüllt. Dieses Verhalten erfüllt den Tatbestand des Betrugs und muss als Konsequenz den Ausschluss aus der Europäischen Währungsunion nach sich ziehen. Des Weiteren darf Griechenland auf Grund dieses Tatbestandes ab sofort nicht mehr als Mitglied der Euro-Zone angesehen werden.

Der Euro wird nach einer Übergangszeit von 6 Monaten nicht mehr als offizielles Zahlungsmittel in Griechenland angesehen und die griechische Zentralbank ist dazu verpflichtet alle sich im Umlauf befindenden Euro-Noten in 6 Monaten der EZB zu übereignen.

Es steht Griechenland natürlich offen den Euro nach Verhandlungen als Fremdwährung im Inland zu nutzen, wie es in Ländern wie Montenegro geschieht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

2.03**■ Internationale
Politik****■ Antragsteller: KV Braunschweig**

Entwicklungshilfe

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich weiterhin für eine Angliederung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an das Auswärtige Amt (AA) ein. Die zuständigen Minister werden von uns aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode ein Konzept zur Zusammenlegung zu erarbeiten und umzusetzen.

Begründung:

„Entwicklungspolitik darf nicht isoliert betrieben werden, sondern muss eingebettet sein in eine kohärente Außen-, Sicherheits-, Außenwirtschafts-, Rechts-, Agrar-, Energie- und Umweltpolitik. Die Zersplitterung dieser Aufgaben auf verschiedene Ministerien und Durchführungsorganisationen führt zu unnötiger Bürokratie und überfordert die Empfängerländer. Derzeit werden etwa die Not- und Katastrophenhilfe sowohl durch das Auswärtige Amt als auch durch das BMZ gewährt, was zu Verzögerungen und Reibungsverlusten und beim Übergang von der Not- und Katastrophenhilfe zur längerfristigen Hilfe häufig zu Versorgungslücken führt. Die Zusammenlegung von BMZ und Auswärtigem Amt wäre ein erster Schritt, dieser Zersplitterung entgegenzuwirken und die Steuerungsfähigkeit der Politik zu erhöhen.“ (Quelle: Beschluss des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 10. Dezember 2007)



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

3.01

■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Ems-Vechte

Keine Ausnahmen mehr bei der Abgeltungssteuer

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Abschaffung des Verlustverprobungstopfes I im Rahmen der Abgeltungssteuer. Gewinne und Verluste sollen, wie bei allen anderen Anlagearten, in einem allgemeinen Topf zusammengefasst und verrechnet werden.

Begründung:

Derzeit werden im Rahmen der Abgeltungssteuer Gewinne und Verluste aus Geldanlage miteinander verrechnet, was die zu versteuernden Erträge reduziert und zu Steuererstattungen führen kann.

In diesem Rahmen werden Gewinne und Verluste aus allen Anlagen in der Topf II zugeführt. Die Ausnahme bilden Kursgewinne und Verluste aus Aktienkäufen.

Mit der neuen Beschlusslage sollen diese beiden Töpfe zu einem gemeinsamen Topf zusammengeführt werden und das Verfahren vereinfacht werden.

Die damalige SPD-Regierung verfolgte damit wohl das Ziel, Aktien als mittelmässig risikoreiche Anlageform abzutrennen. Dieses Ziel wird aber völlig ad absurdum geführt, da im allgemeinen Verlustverrechnungstopf trotzdem Sparbuchzinsen mit Verlusten aus viel risikoreicheren Anlagen wie Optionsgeschäften und Futures verrechnet werden.

Selbiges gilt für Fonds, die Aktien enthalten und Dividenden aus den abgetrennten Aktien.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.02■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Ammerland

Ehegattensplitting abschaffen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings im Einkommensteuergesetz. An dessen Stelle soll eine Besteuerung treten, die Familien - nach dem modernen Familienbegriff der Jungen Liberalen - mit Kindern stärker unterstützt.

Begründung:

Erfolgt mündlich. Herkunft: veränderte Fassung des Antrages 58.3.08.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

3.03

■ Wirtschaft & Finanzen

■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen

Innovationspolitik am Standort Niedersachsen großschreiben

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Trotz dessen, dass Deutschland mittlerweile nicht mehr Exportweltmeister ist, haben deutsche Unternehmen weltweit einen ausgezeichneten Ruf. Dies ist insbesondere der Innovationskraft und Vielfalt der Wirtschaft zu verdanken. Diese Innovationskraft gilt es zu erhalten und keinesfalls durch überzogene Regulierungen zu bremsen.

Ausgangspunkt von Know-How ist eine gute und grundsolide Bildung. Niedersachsen verfügt über eine sehr vielschichtige Hochschullandschaft – von der TU Clausthal, wo Studenten vor Fragen der Rohstofferkundung und Verarbeitung gestellt werden, bis zur Uni Hannover mit einem einzigartigen Studiengang „Life Science“. Dieses immense Potenzial an hellen Köpfen gilt es zu unterstützen, sodass Know-How in reelle Wirtschaftsleistung umgesetzt wird.

Die Politik ist zwar dem Ansinnen der Forschung nicht abgeneigt, erschwert diese allerdings durch bürokratische Hürden für Wirtschaft und Lehranstalten. Auch ist die politisch gewollte Zurückhaltung bestimmter Forschungszweige (z. B. rote Gentechnik, Kernkraftforschung) schädlich für Deutschland. Durch das Verbot der Forschung an neuen Stammzellen, wird Deutschland in diesem Bereich selbst bei sofortiger Aufhebung des Verbots, international viel Zeit brauchen um mit anderen Standorten gleichzuziehen.

Mit der Einrichtung von Exzellenzclustern hat man bereits einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, allerdings gibt es noch viel zu tun, wenn man mit anderen Standorten gleichziehen möchte. Beim Vergleich der Bedingungen für Professoren (Lehrstunden pro Semester, Gehalt, Drittmittel etc.) ist es kaum verwunderlich, dass die besten Professoren sich lieber einen Lehrstuhl in anderen Ländern (vor allem in den USA) suchen, wo die Bedingungen deutlich besser sind.

Vor Ort haben wir ein demografisches Bildungsstrukturproblem und werden in Zukunft dies in einer deutlich ausgeprägteren Form haben, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. So sind von den Menschen, die Deutschland permanent verlassen überwiegend Facharbeiter oder Akademiker – auf der anderen Seite der Migrationsbilanz sind die Einwanderer überwiegend schlechter gebildete Personen. Diese Diskrepanz darf nicht länger anhalten. Schon heute fehlen der Wirtschaft viele Fachkräfte – und die Wirtschaft könnte deutlich stärker wachsen, wenn der Arbeitsmarkt international mehr geöffnet werden könnte und Einwanderungsschranken abgebaut werden.

Forschung benötigt Strukturen und Finanzierbarkeit. Deswegen sollten im Land Niedersachsen im Rahmen von ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft) - Projekten gezielt Forschungs- und Innovationscluster geschaffen werden, wo einzelne Technologiezweige preiswert Zugang zu sonst im Einzelbetrieb teurerer Infrastruktur haben sollen. Von solchen Projekten kann das Land auch bei Ausgaben des Landes profitieren, da so Know-How in Niedersachsen gebunden werden kann und auch die Investitionen in die Bildung junger Leute sich vor Ort entfalten. Denn durch die so nach Niedersachsen gebrachten Unternehmen wird nicht nur das Steueraufkommen des Landes gestärkt – es entstehen auch Arbeitsplätze, auch in der

Zuliefererindustrie und bei den Dienstleistern vor Ort. Deswegen soll auch bei diesen Projekten eine Gewinn und-Verlust-Rechnung global und nicht nur auf einzelne Haushaltsposten beschränkt aufgestellt werden.

Deswegen sind unsere Kernforderungen:

- Keine ideologische Beschränkung der Forschung – bei vermuteter Gefährlichkeit muss lediglich gewährleistet werden, dass Mensch und Umwelt dadurch nicht gefährdet wird
- Entbürokratisierung der höheren Lehranstalten
 - a) Verringerung der Mindestlehrstunden für Dozenten
 - b) Schaffung von Stellen, die Dozenten bei Organisatorischen Aufgaben unterstützen
 - c) Werben von Kooperationspartnern aus der Wirtschaft für einzelne Studiengänge, bzw. Einrichtung von speziellen Studiengängen, die durch die Kooperationspartner gefördert werden
- Eine optimierte Einwanderungspolitik
 - a) Einwanderung für hochqualifiziertes Personal nach einem verständlichen Scoring-Verfahren ermöglichen um Unternehmen unabhängig vom lokalen Arbeitsmarkt zu erlauben, Personal im Rahmen unbürokratischer Gesetze auch bei Herkunft außerhalb des EWR mit hoher Qualifikation einzustellen.
 - b) Allen ausländischen Studierenden, die in Deutschland mindestens vier Semester (gem. Regelstudienzeit) vor ihrem Abschluss studiert haben und nach ihrem Abschluss die Option einräumen bei Annahme einer Arbeitsstelle permanent in Deutschland bleiben und arbeiten zu können
- Schaffung von Forschungsclustern durch ÖPP-Projekte, die einzelnen Hochtechnologiezweigen eine preiswerte (Economies of Scope) Ansiedlung in Niedersachsen ermöglichen

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.04■ **Wirtschaft &
Finanzen**■ **Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Ems-Vechte**

Steuerliche Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer abschaffen!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich gegen jegliche Art von Steuervorteil aus, der durch die Zugehörigkeit einer Religionsgemeinschaft gewährt wird. Dies betrifft insbesondere den Ansatz der Kirchensteuer als Sonderausgaben im Rahmen der Einkommensteuererklärung (und somit folgerichtig auch im Rahmen der Abgeltungssteuer).

Begründung:

Aktuell mindert die gezahlte Kirchensteuer das zu versteuernde Einkommen und führt somit dazu, dass beispielsweise ein Mitglied der katholischen Kirche weniger Einkommensteuer (und somit auch Solidaritätszuschlag) zahlt als ein Steuerpflichtiger ohne Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Dies gilt analog auch für die Abgeltungssteuer, was bedeutet, dass es eigentlich drei Abgeltungssteuersätze gibt (25%, 24,46 % und 24,51%).

Aus liberaler Sicht ist es nicht einzusehen, warum der Staat sich an der Religionsausübung bestimmter Gruppen durch eine geminderte Einkommen- bzw. Abgeltungssteuer beteiligen sollte, während Bürger, die keiner Religionsgemeinschaft angehören diesen Steuervorteil nicht genießen.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.05■ **Wirtschaft &
Finanzen**■ **Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen, KV Göttingen**

Keine staatlichen Hilfen an Unternehmen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Regierungen von Bund und Ländern auf, in Zukunft prinzipiell keine Hilfspakete für private Unternehmen zu leisten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Herkunft: veränderte Fassung des Antrages 58.3.09



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.06■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Hannover-Land

Umsatzsteuerstrukturreform

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Bundesregierung sowie die FDP-Fraktion im deutschen Bundestag auf, eine umfangreiche Umsatzsteuerstrukturreform durchzuführen und nicht einzelne Gruppen zu bevorzugen.

Begründung:

Erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.07**■ Wirtschaft &
Finanzen****■ Antragsteller: KV Hannover-Land**

Kein Landtagsneubau in der Krise

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich dafür aus, den Landtag erst dann neu- oder umzubauen, wenn das Land Niedersachsen ohne Nettoneuverschuldung auskommt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.08■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Land

Abschaffung der Schenkungssteuer

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Abschaffung der Schenkungssteuer innerhalb der Verwandtschaft.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.09■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Land

Spendenschreck Bürokratie

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Aufhebung des Erlasses des Innenministeriums in Hannover und die Rücknahme der Änderung der niedersächsischen Gemeindeordnung zur Vorgehensweise beim Erhalt von Sach- oder Geldspenden. Die neue Gesetzeslage ist bürokratisch und nicht praktikabel.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.10■ **Wirtschaft &
Finanzen**■ **Antragsteller: KV Osnabrück-Land**

Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich für die Erhaltung des Dreigliedrigen Bankensystems aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken aus. Die dezentrale Bankenordnung hilft dem Wirtschaftsstandort Deutschland und ist zukunftsfähig.

Begründung:

Deutschland ist im internationalen Vergleich gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass es viele Kreditinstitute gibt, die weiterhin der Wirtschaft helfen und Kredite vergeben.

Vergleichsweise gab es in Großbritannien große Turbulenzen. Viele Briten versuchten durch Massenabhebungen bei ihren Banken ihr Geld zu sichern und destabilisierten den Bankensektor, der in Großbritannien auf wenige private Großbanken aufgeteilt ist.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

3.11

■ Wirtschaft &
Finanzen

■Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt

Einfuhrbesteuerung

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für eine gerechte Einfuhrbesteuerung auf Waren aus Drittstaaten ein, welche von Privatperson nach Deutschland eingeführt werden. Vor diesem Hintergrund muss es eine Reform der EU-Richtlinie 2007/74 geben, damit der Freibetrag von Waren unabhängig von ihrer Beschaffenheit angerechnet werden kann.

Begründung:

In der Richtlinie 2007/74/EG des Rates vom 20. Dezember 2007 heißt es §7 Abs. 3: „Der Wert einer Ware darf bei der Anwendung der Schwellenwerte nicht aufgeteilt werden.“

Dies wird in §2 Abs. 2 Einreise Freimengen Verordnung umgesetzt. Praktisch bedeutet dies, dass z.B. ein Flugreisender seine Ware komplett versteuern muss, wenn der Wert den Freibetrag von 430 Euro übersteigt (§2 Abs. 5b EF-VO) und die eingeführte Ware nicht teilbar ist.

Eine Jacke im Wert von 500 Euro wird somit nicht mit dem Differenzbetrag von 70 Euro versteuert, sondern mit seinem kompletten Warenwert. Somit handelt es sich nicht um einen Freibetrag für eingeführte Waren, sondern um eine Freigrenze für nicht teilbare Güter. Dieser Sachverhalt führt zu ungerechter Besteuerung und kann daher nicht hingenommen werden. Deswegen bedarf es einer Reform der EG-Richtlinie und der damit verbundenen Verordnung in Deutschland, damit es zur einer gerechten Besteuerung des Warenwertes kommt und diese nicht davon abhängig macht, wie die Ware beschaffen ist.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.12■ **Wirtschaft &
Finanzen**■ **Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt**

Dividenden

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Osnabrück-Stadt setzten sich für eine 100%ige Steuerbefreiung von Ausschüttungen und Veräußerungsgewinnen für Körperschaften im Sinne des §1 Körperschaftssteuergesetz (KStG) ein und fordern deshalb die Streichung der 5%-Regel des §8b Abs.3 KStG.

Begründung:

Der Gesetzgeber hat die Steuerbefreiung für Ausschüttungen und Veräußerungsgewinne für Körperschaften im Sinne des §1 KStG nach §8b Abs.3 KStG nur für 95% anerkannt. Es werden fünf Prozent der genannten Einnahmen als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben berücksichtigt.

Um aber einer wirtschaftlichen Doppelbesteuerung entgegen zu wirken, muss der Gesetzgeber eine 100%ige Steuerbefreiung wieder einführen. Sonst würde es im schlimmsten Falle zu einer Mehrfachbesteuerung von hintereinander liegenden Körperschaften führen.

Zudem verstößt die aktuelle Steuerrechtslage gegen die Rechtsformneutralität, da es massive Anreize gibt, Organschaften zu bilden.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.13■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Hannover-Stadt

Für größere Kostentransparenz im Mobilfunk

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Durch die Möglichkeit der Rufnummermitnahme ist für einen Anrufer nicht immer transparent, in welches Mobilfunknetz er anruft. Aufgrund der großen Zahl von netzabhängigen Flatrates ist der Verbraucher somit häufig nicht über die tatsächlichen Kosten eines Anrufes informiert.

Die Jungen Liberalen Hannover-Stadt setzen sich daher für die Einführung einer Richtlinie innerhalb der Europäischen Union ein, die Mobilfunkanbieter zur Einrichtung einer für den Nutzer optionalen Ansage verpflichtet, die den Anrufer über die Gebühren des Telefonates informiert.

Desweiteren fordern die Jungen Liberalen Hannover-Stadt die Netzbetreiber zu verpflichten, auf ihren Rechnungen den nächstmöglichen Kündigungstermin des Vertrages auszuweisen, um den Verbrauchern vor ungewollter Vertragsverlängerung zu schützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.14■ **Wirtschaft &
Finanzen**■ **Antragsteller: Sascha Janus, Justus Hautz**

Anleger sind mündige Bürger

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die seit dem 01.01.2010 gültigen Neuregelungen in §34 Absatz 2a und 2b des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) sowie in § 14 Abs. VI der Wertpapierdienstleistungs-, Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) sind ersatzlos zurückzunehmen. Zudem ist der § 37a WpHG wieder einzuführen.

WpHG:

- Ab 01.01.2010 müssen alle Wertpapierdienstleistungsunternehmen über jede Anlageberatung, auch telefonisch, mit Privatkunden ein schriftliches Protokoll führen
- Das Protokoll ist dem Kunden auszuhändigen
- Verjährungsfristen für Ansprüche von Kunden werden abgeschafft

WpDVerOV :

- Hier sind die in das Protokoll aufzunehmenden Punkte explizit geregelt

Verstöße werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Bußgeldern bis zu 50.000 Euro geahndet

Begründung:

erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.01

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: **Erweiterter Landesvorstand**

1 Gleiches Recht auf BAföG für Studierende an Fern- UND Präsenzuniversitäten!

2
3 *Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:*

4
5 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen,
6 dass alle Studiengänge an Fernhochschulen, deren Studiengang vom Leistungsaufwand
7 vergleichbar mit dem einer Präsenzhochschulen, schnellstmöglich als förderungsfähig im
8 Sinne des BAföG anerkannt werden.

9
10 Begründung:

11 Studenten können nur dann Förderung nach dem BAföG erhalten, wenn ihre Hochschule als
12 förderungsfähig im Sinne des BAföG anerkannt wurde.

13 Laut Verwaltungsvorschriften zum BAföG gelten für die Förderung von Fernhochschulen
14 bereits heute die gleichen Vorschriften wie für das Studium an einer regulären Universität.
15 Hauptvoraussetzung für eine Förderung ist, dass das Studium die Arbeitskraft des Studenten
16 im Allgemeinen voll in Anspruch nehmen muss.

17 In der Praxis geht die Umsetzung dieser Vorschrift allerdings nur langsam voran. Zurzeit sind
18 lediglich vereinzelte Vollzeitstudiengänge an Fernhochschulen, überwiegend an der
19 Fernuniversität Hagen, förderfähig.

20 Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

4.02

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand

Transparenz bei der Vergabe von Abiturnoten – Schüler über ihre Rechte aufklären

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern, dass Schulen Schüler der Oberstufe verpflichtend über ihre Rechte zur Einsicht in ihrer Abiturprüfungsunterlagen informieren müssen. Dies kann zum Beispiel durch ein Informationsblatt, welches die Schüler mit dem Eintritt in die Oberstufe erhalten, erfolgen.

Des Weiteren fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen eine Änderung von 25.3, Satz 2 der Ergänzenden Bestimmungen zur Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg (EB-AVO-GOFAK). Schüler sollen ein Recht auf Herausgabe ihrer Abiturarbeiten nach Ablauf der Zehn-Jahresfrist erhalten, sofern sie dies bei Bekanntgabe der Abiturergebnisse angegeben haben. Es soll sich hierbei um eine Holschuld handeln der innerhalb eines Jahres nachgekommen werden muss.

Begründung:

1. Informationspflicht

Die Rechtslage, zu finden in der Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg (AVO-GOFAK) und den Ergänzende Bestimmungen zur Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg (EB-AVO-GOFAK), gewährt den Schülern umfangreiche Rechte zum Einblick in ihre Abiturarbeiten.

Schüler können innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Gesamtergebnisses der Prüfung unter anderem ihre Prüfungsunterlagen unter Aufsicht einsehen, abzugsweise Abschriften anfertigen oder sich eine Kopie der schriftlichen Abiturarbeiten anfertigen lassen.

Allerdings haben die meisten Schüler keine Kenntnis über diese Rechte und machen daher keinen Gebrauch davon, auch wenn häufig der Wunsch besteht mehr über die Bewertung der eigenen Leistung zu erfahren. Ein standardisiertes Informationsblatt, welches die Schüler beim Eintritt in die Oberstufe erhalten, könnte diese Informationslücken bei Schülern, als auch bei Lehrern schließen.

2. Änderung in den EB-AVO-GOFAK

In den ergänzenden Bestimmungen zu § 25 AVO-GOFAK aus heißt es in 25.3, S. 3: „Abiturprüfungsarbeiten können zehn Jahre nach Ablauf des Schuljahres, in dem sie entstanden sind, den Verfasserinnen und Verfassern überlassen werden.“. In der Regel vernichten viele Schulen die Unterlagen nach Ablauf der Frist, da dies einfacher und kostengünstiger ist, als sie den ehemaligen Schülern zuzustellen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen schlagen hier vor, dass Schüler in Zukunft nach der Mitteilung ihrer Prüfungsergebnisse angeben können, ob sie die Unterlagen nach Ablauf der Frist erhalten wollen oder nicht.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.03

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Hannover-Land

Seminarfach abschaffen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich dafür aus, das Seminarfach in der gymnasialen Oberstufe abzuschaffen. Stattdessen sollen die Fächer auf erhöhtem Anforderungsniveau wieder fünfständig unterrichtet werden.

Das Fach, in dem die Facharbeit geschrieben wird, darf frei gewählt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.04

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Diepholz

Mehr Wettbewerb unter Lehrern

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für die Verstärkung von leistungsorientierten Vergütungen für Lehrer ein. Weiterhin fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen, dass die Verbeamtung auf Lebenszeit und somit der Kündigungsschutz der Lehrer aufgehoben wird und den Schulen somit mehr Freiraum bei der Personalpolitik eingeräumt wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.05

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Helmstedt

Eigenverantwortliche Schule auch im Finanzbudget durchsetzen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die eigenverantwortliche Schule auch hinsichtlich des Finanzbudgets durchzusetzen.

Die aktuelle Finanzierungssituation der Schulen begrenzt sich zumeist auf Mittel aus dem Landesetat und aus dem Haushalt der Kommunen. Demnach steht der der Schule bzw. dem Schulvorstand nur ein marginaler Betrag zur Verfügung, der autonom eingesetzt werden kann. Durch die Bedarfsanfragen der Schulen an die entsprechenden Finanzträger und die Genehmigungsverfahren ergibt sich ein exorbitanter bürokratischer Aufwand.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher, dass die niedersächsischen Schulen mehr Beiträge selbst verwalten können, um auch an den richtigen Stellschrauben drehen zu können. So kann die Schule beispielsweise eigenverantwortlich größere Investitionen tätigen, oder eigene Beträge für größere Anschaffungen sparen, die von den hiesigen Finanzträgern nicht übernommen werden würden.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

4.06

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Braunschweig

Neue Technologien schon im Unterricht nahebringen!

Für eine Modernisierung des NTW-Unterrichtes

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen sehen in neuen Technologien wie der Biotechnologie und der Nanotechnologie eine wichtige und treibende Kraft für die deutsche Wirtschaft und Industrie. Obwohl in den Forschungs- und Entwicklungsbereichen rund um diese Technologien schon heute Milliarden-Beträge erwirtschaftet werden und diese neuen Technologien auch im Bereich der produzierten Güter immer neue Möglichkeiten der Produkt(weiter)entwicklung(en) offenbart und hierdurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden und vorhandenen gesichert werden, wird diesem Bereich bisher im Rahmen der Schulbildung kein adäquater Stellenwert eingeräumt.

So gibt es zwar die altgedienten „NTW“-Fächer (naturwissenschaftlich-technische Fächer; Biologie, Chemie, Physik, zum Teil Geowissenschaften und/oder Mathematik) mit denen die Grundlagen für das naturwissenschaftliche Wissen bei Schülern gelegt werden sollen. Darüber hinaus werden Schüler jedoch nicht weiter an Technologien herangeführt, die über diese Grundlagen hinausgehen bzw. daran anschließen.

Diese mangelnde Auseinandersetzung mit solchen Technologien führt zu einer Vielzahl an Folgeproblemen, so unter anderem:

- a) Fehlendes Wissen über diese Technologien führen zu übermäßiger Skepsis.
- b) Durch den fehlenden Fokus auf solche Technologien, bleiben Arbeitsplatzangebote bzw. Studienmöglichkeiten in diesem Markt unberücksichtigt.
- c) Mangelnde Interessenten an diesen Technologien führen zu weniger Forschungs- und Entwicklungsarbeit in diesem Markt und somit auch zu Technologierückstand, Steuermindereinnahmen etc.

Zur Standortsicherung und um weiterhin eines der führenden Technologieländer zu bleiben, ist es daher unabdingbar, künftig Schüler schon frühzeitig mit technologischen Weiterentwicklungen in Kontakt zu bringen und ihr Interesse an solchen Technologien zu wecken.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher, die bisherigen Lehrinhalte der NTW-Fächer dahingehend anzupassen, dass Grundlagen sog. "neuer Technologien" vermittelt werden. Darüber steht es Schulen frei, im eigenen Ermessen ein darüber hinausgehendes, vertiefendes Wissen durch ein Angebot von Wahlfächern, AGs etc. zu vermitteln.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

5.01

■ Verkehr & Infrastruktur

■ Antragsteller: LAK Verkehr & Infrastruktur

Busbezirke abschaffen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen setzen sich dezidiert für eine Abschaffung der Buseinzugsbezirke ein, nach denen sich derzeit die Fahrpreise von vielen niedersächsischen Verkehrsbetrieben orientieren, die von Kommunen und Städten subventioniert werden.

Vielmehr sollte sich der Fahrpreis nach der Streckenentfernung richten. Derzeit ist es möglich, dass Fahrgäste, die kürzere Strecken zurücklegen, mehr bezahlen müssen, als Fahrgäste, die vergleichsweise kurze Streckenabschnitte nutzen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen manifestieren an dieser Stelle ihre Haltung gegenüber ökonomischen Freiheitsprinzipien, allerdings müssen sich diese an transparenten Tarifgestaltungen orientieren.

Vor allem der Schulverkehr ist von der Einteilung der Fahrtstrecken in Tarifzonen betroffen. So ist es möglich, dass Verkehrsbetriebe, die mit der Schülerbeförderung beauftragt sind, ihre Tarifzonen so auslegen, dass die Schulbeförderungspreise stetig ansteigen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, etwaige Anpassungen vorzunehmen.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.01**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand; LAK Wirtschaft & Finanzen; LAK Umwelt & Landwirtschaft**

Schulobstgesetz (SchulObG) abschaffen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Landesregierung auf sich im Bundesrat für die Abschaffung des Schulobstgesetzes (SchulObG) einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

6.02**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: KV Celle****Finanzielle Unterstützung in der Bildung für Kinder von ALG II Empfängern***Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:*

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für die besondere finanzielle Unterstützung in der Bildung für Kinder von ALG II – Empfängern ein. Dies soll in Form eines „Bildungsgutscheines“ erfolgen, welche für Bildungsmaßnahmen beantragt werden können.

Begründung:

Die betroffenen Kinder werden Ihres Rechtes auf Bildung beraubt und haben keine Möglichkeit Ihre Lebenssituation durch private Fortbildungsmaßnahmen (Privatschulen, Kurse, Studium etc.) zu verbessern bzw. aufzuwerten.

Der Grund hierfür ist die finanzielle Situation der Eltern, welche meist nicht in der Lage sind hier für Ihre Kinder vorzusorgen. Die meisten finanziellen Mittel gehen hier für Aufwendungen des Lebensunterhaltes verloren. Schon gegebene Transferzahlungen wie z. B. das Kindergeld reichen hier nicht aus, da diese auch zusätzlich dem ALG II angerechnet werden.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

6.03

■ Soziales, Familie &
Gesundheit

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt, KV Hannover-Stadt

Pille danach rezeptfrei machen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die „Pille danach“ soll ab sofort rezeptfrei in allen Apotheken Deutschlands für alle Frauen erhältlich sein. Dies soll für alle Präparate gelten, die vor der Befruchtung der Eizelle wirken bzw. diese verhindern (z.B. 1,5mg Levonorgestrel). Statt der Verschreibung beim Frauenarzt können Apotheker beratend einwirken und fehlerhafte Nutzung verhindern. Außerdem soll eine groß angelegte Informationskampagne darüber aufklären, dass es sich hier nur um eine Notfallmaßnahme handelt, die nicht zur dauerhaften Verhütung gedacht ist.

Begründung:

Am wichtigsten ist es bei der „Pille danach“, dass sie schnell eingenommen wird. Zur Zeit bleibt der Frau nichts Anderes übrig, als innerhalb von 24 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr zum Frauenarzt (oder auch zum Notdienst, der meistens nicht mal Gynäkologe ist) zu gehen, um sich ein Rezept zu holen und dann erst zur Apotheke, um die Pille zu bekommen. Das schreckt viele Frauen ab. Dieser Weg kann deutlich verkürzt werden, um Frauen so ein Mittel zur Notfallverhütung in die Hand zu geben. Mittlerweile weiß man auch mit Sicherheit, dass ein Schaden für eine bereits eingesetzte Schwangerschaft nicht entstehen kann. Deswegen ist die „Pille danach“ nicht mit der Abtreibungspille zu verwechseln.

Die unerwünschten Nebenwirkungen sind in zirka 10% der Fälle Übelkeit, Unterbauchschmerzen, Kopfschmerzen, in seltenen Fällen auch Erbrechen – kurzfristige Ausfälle, die nicht gravierend sind und in keinem Verhältnis zu einer ungewollten Schwangerschaft stehen. Frauen sollten damit nicht allein gelassen werden, jedoch kann ein Apotheker ebenso über unerwünschte Nebenwirkungen beraten. Selbstverständlich soll man weiterhin jederzeit, auch vorher, einen Arzt hinzuziehen können, wenn man das möchte.

In 17 europäischen Ländern und der USA ist die „Pille danach“ bereits rezeptfrei erhältlich. Auch die WHO und das Europäische Parlament sprechen sich dafür aus, sie aus der Rezeptpflicht zu entlassen. Deutschland sollte sich dem international bewährten Standard endlich anschließen.

Die Jungen Liberalen stehen in ihrer Grundüberzeugung dafür ein, dem Menschen die freie Entscheidung über seinen eigenen Körper zu überlassen. Auch hier sollten wir es deshalb der Frau selbst in die Hand legen, über den eigenen Körper frei zu verfügen und ihr keine Steine in den Weg legen.

Deshalb sollten wir die Rezeptpflicht für die „Pille danach“ mit sofortiger Wirkung aufheben.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.04**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: LAK Soziales, Familie & Gesundheit, KV Braunschweig**

Gegen das Betreuungsgeld

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

In ihrem Koalitionsvertrag hat die neue Bundesregierung beschlossen, ein so genanntes „Betreuungsgeld“ von 150 Euro einzuführen, das Eltern ausgezahlt wird, die ihre Kinder unter drei Jahren zu Hause erziehen, also keinen staatlich geförderten Kinderkrippen- oder Kindertagesstättenplatz in Anspruch nimmt.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind gegen solch ein „Betreuungsgeld“, für das die bessere Bezeichnung wohl eher Herdprämie ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.05

■ Soziales, Familie & Gesundheit

■ Antragsteller: LAK Soziales, Familie & Gesundheit; KV Osnabrück-Stadt

Schnelle und moderne Rettung an Unfallorten

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die für die Einsatzkräfte am Unfallort relevanten Informationen zur Rettung von Personen aus verunfallten Fahrzeugen müssen nach einem standardisierten Schema von den Herstellern und Importeuren auf einer so genannten Rettungskarte zur Verfügung gestellt werden. In Neuwagen soll diese bereits an der Sonnenblende auf der Fahrerseite untergebracht werden. Für Fahrzeughalter älterer Modelle sollen diese modellbezogenen Informationen entweder über das Internet oder die Vertragshändler zur Verfügung gestellt werden.

Auf der anderen Seite muss über einheitliche Rettungsstandards nachgedacht und die technische Ausstattung der Feuerwehren, die immer komplexeren Fahrzeugen gerecht werden müssen, überprüft werden. Spezielle Softwarelösungen mit integrierten Internet-Update können den Rettungskräften hier helfen auf die verschiedensten Fahrzeugtypen schnell zu reagieren. Eine Anschaffung dieser Systeme an entscheidenden Standorten muss geprüft werden.

Die von der Europäischen Union in Betracht gezogene Einführung des eCall-Systems als obligatorischen Dienst lehnen die Jungen Liberalen ab. Die vollständige Angabe der Fahrgestellnummer bei der Übermittlung der Basisdaten ist in einer Unfallsituation nicht notwendig und muss wieder gestrichen werden.

Ebenso wird die zweite Ausbaustufe des Dienstes, die neben den Basisdaten die Übermittlung von Daten vorsieht, die sich im Besitz Dritter befinden, als nicht bedarfsgerecht angesehen. Jede Sekundärnutzung der Daten z.B. für verkehrsbezogene Vollzugsverfahren ist unzulässig.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Quellen

http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/privacy/docs/wpdocs/2006/wp125_de.pdf

<http://www.bmvbs.de/Verkehr/Strasse/Verkehrssicherheit-2835.1010217/eCall-fuer-mehr-Sicherheit-im-htm>

http://www1.adac.de/Verkehr/sicher_unterwegs/unfallforschung/infos_fuer_rettungskraefte/default.asp?TL=2#atcm:8-233808



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

6.06

■ Soziales, Familie & Gesundheit

■ Antragsteller: KV Hannover-Stadt

Weg mit den Zwangsdiensten – Freiwilligenprogramme stärken

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen bleiben bei ihrer Forderung nach einer Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Eine Verkürzung der Dienstzeit auf sechs Monate bringt weder den Dienstleistenden noch der Bundeswehr objektive Vorteile und dient lediglich der Verfestigung des veralteten Wehrpflicht-Modells. Die Zukunft der Bundeswehr liegt nach Ansicht der JuLiS in einer Freiwilligenarmee, deren auf einen längeren Zeitraum verpflichteten Angehörige eine intensive und spezialisierte Ausbildung erhalten müssen, um den hohen und spezifischen Anforderungen gerecht zu werden, die im Rahmen der heute üblichen Einsätze im Ausland an die Soldatinnen und Soldaten gestellt werden.

Im Zuge der Diskussion um die Wehrpflicht wird auch immer wieder die Frage nach der Zukunft des Zivildienstes gestellt. Dies verwundert die Jungen Liberalen Hannover-Stadt insofern, als dass es sich dabei um einen Ersatzdienst handelt und dieser daher niemals als Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht gelten kann. Dennoch beschäftigt die Jungen Liberalen Hannover-Stadt die Thematik der personellen Konsequenzen in sozialen Einrichtungen, die mit dem Wegfall der Zivildienstleistenden einhergehen.

Die Jungen Liberalen Hannover-Stadt erkennen und würdigen die positiven Effekte eines zeitlich befristeten Engagements junger Frauen und Männer, bei dem keine besonderen Qualifikationen vorausgesetzt werden.

Statt auf Zwang setzen die JuLiS Hannover-Stadt zur Erreichung dieser Ziele jedoch auf Freiwilligkeit und somit auf eine Förderung entsprechender Freiwilligenprogramme. Die Jungen Liberalen Hannover-Stadt setzen sich daher für Anpassungen am System des Freiwilligen Sozialen Jahres und dessen Aufwertung ein:

- Das Bundesamt für den Zivildienst ist mit Abschaffung der Wehrpflicht in ein Bundesamt für Freiwilligendienste umzuwandeln. Es übernimmt die Betreuung und Beratung der Freiwilligen und steht für Auskünfte zur Verfügung. Zudem wird die Kompetenz über die Zulassung von Trägern bzw. Einsatzstellen von den Ländern auf das neu geschaffene Bundesamt übertragen.
- Zur Zulassung eines Trägers oder einer Einsatzstelle soll künftig das Vorhandensein eines Konzeptes zur Sicherung von Qualitätsstandards in Ausbildung, Einweisung und Betreuung der Freiwilligen vorausgesetzt werden. Dieses muss sowohl den Freiwilligen als auch den jeweiligen direkten Vorgesetzten am Dienstort zugänglich sein.
- Der Freiwilligendienst soll neben der praktischen Tätigkeit auch die Vertiefung theoretischer Kenntnisse ermöglichen - sowohl im Einsatzbereich, als auch darüber hinaus. Die Dienststellen sind daher zu verpflichten, Bildungszuschüsse für allgemein- und berufsbildende Maßnahmen nach Vorbild des Zivildienstes in einem angemessenen Rahmen zu gewähren (bis insgesamt 500 €). Die Kosten sind hälftig von Dienststelle/Träger und öffentlicher Hand zu tragen.
- Die Dienststellen haben für die pädagogische Begleitung der Freiwilligen zu sorgen. Das ist sinnvoll; es ist jedoch unökonomisch, die vorgeschriebenen umfangreichen Seminare

für nur wenige FSJler eines kleineren Trägers (z.B. lokaler Vereine) abzuhalten. Es sind daher Kooperationen zwischen kleineren und größeren bzw. zwischen mehreren kleineren Trägern zu ermöglichen. Die Koordination erfolgt im Rahmen des Zulassungsverfahrens durch das zuständige Bundesamt. Parallel kann das Seminarangebot auch (gegen einen von der Dienststelle zu zahlenden Ausgleich) von staatlicher Seite ergänzt werden. Hierfür können bestehende Zivildienstschulen genutzt werden.

- Bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung der Pflichtseminare ist ein Schwerpunkt auf die Vermittlung fachspezifischer Themen festzuschreiben (je nach Einsatzbereich, z.B. Pflege, Krankheitslehre, Entwicklungspsychologie, etc.). Die Kurse sind von dafür ausgebildetem Personal zu erteilen.

- Die Vergütung ist auf ein Niveau anzuheben, das eine eigenständige Haushaltsführung ermöglicht. Die Höhe der Beträge soll sich an den heute im Zivildienst üblichen monetären Leistungen orientieren. Verpflegungs- und Taschengeld sowie Unterkunftszuschüsse werden zusammengefasst.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.07**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt**

Keine "Whopper-Steuer" - Mündige Bürger statt Verbote

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die JuLis Niedersachsen lehnen die Einführung von neuen Sondersteuern auf bestimmte Lebensmittel strikt ab. Vielmehr setzen wir auf Prävention, Aufklärung und somit auf nachhaltige Konzepte für die Volksgesundheit und gegen Übergewicht.

Begründung:

Die im Rumänien geplante Sondersteuer auf "fett-, salz- und zuckerartige Genussmittel" wird nun auch im europäischen Kontext debattiert. Weder die Ernährung alleine noch einzelne Lebensmittel sind für die Entstehung von Übergewicht verantwortlich. Für eine gute Ernährung sind nicht einzelne Produkte, sondern die Auswahl, Menge und Kombination von Lebensmitteln entscheidend.

Die JuLis Niedersachsen lehnen daher die immer weiter fortschreitende staatliche Lenkung des Konsumverhaltens der Bürger ab. Selbsterkenntnis und Eigenbestimmung sind für und JuLis deutlich höhere Werte als Verbote oder staatliche Lenkungsanreize.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

7.01**■ Umwelt &
Landwirtschaft****■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen**

Freier Agrarmarkt

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Julis Niedersachsen fordern alle Subventionen, Produktionsbeschränkungen und Zölle für Agrargüter EU-weit mit sofortiger Wirkung aufzuheben und sich für einen weltweit freien Markt von Agrargütern einzusetzen. Des Weiteren verurteilen die Julis die Subventionierung von Ernährungs-Rohstoffen zu Energieerzeugungszwecken, sowie die Pflicht dazu diese zu verwenden aufs schärfste.

Begründung:

Nahrung ist ein Menschenrecht, dass trotz grüner Revolution und erhöhtem Wohlstand weltweit immer noch vielen Menschen im notwendigen Rahmen verwehrt bleibt. Die Verzerrung und Abschottung des Agrarmarktes, insbesondere durch die entwickelten Länder ist für diese Misere zum großen Teil dafür verantwortlich. Deswegen muss die EU zum Wohle der Menschen überall auf der Welt - auch in Deutschland - ihre verfehlte Agrarpolitik endgültig aufgeben. Ferner lehnen die Julis Niedersachsen Agrarsubventionen auf EU-Ebene ab, da diese eine unwirtschaftliche Überproduktion fördern.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

7.02**■ Umwelt &
Landwirtschaft****■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV Hannover-Stadt**

Lösung der Endlagerfrage

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Suche nach einem geeigneten Atommüllendlager ist ohne Verzug wieder aufzunehmen. Hierfür ist der Untersuchungsstop für das mögliche Endlager in Gorleben aufzuheben. Weiterhin ist im Anschluss die Suche nach einer geeigneten Lagerstätte an allen dafür potentiell geeigneten Orten in Deutschland weiterzuführen. Hierbei müssen alle möglichen unterirdischen Lagerstätten, die aus geeigneten Mineralien bestehen, in Betracht kommen, unabhängig von Bundesland oder Grenznahe. Dies ist für die Jungen Liberalen ein wichtiger Punkt, da die Fixierung auf den Salzstock in Gorleben nicht zuletzt auf die Nahe zur ehemaligen innerdeutschen Grenze und die dünne Besiedlung zurückzuführen ist. Solche rein politischen Gründe dürfen nach Ansicht der Jungen Liberalen aber keine Rolle bei einer so heiklen Ausschreibung spielen, die Suche und eine anschließende Entscheidung muss an vorher festgelegten, objektiven Kriterien festgemacht werden. Das LMU wird in seinen diesbezüglichen Bemühungen bestärkt und aufgefordert, auch auf das BMU einzuwirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

7.03**■ Umwelt &
Landwirtschaft****■ Antragsteller: KV Stade**

Umweltplakette

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen fordern die sofortige Abschaffung der Umweltzonen in Deutschland. Die letzten Jahr nach der Einführung haben gezeigt dass diese für die Feinstaubbelastung keine Änderung gebracht haben, aber die leidtragenden die Bürger mit kleine Einkommen sind, da diese sich vermutlich kein neues Auto leisten können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

7.04**■ Umwelt &
Landwirtschaft****■ Antragsteller: LAK Umwelt & Landwirtschaft****Bürokratieabbau durch Schaffung eines Umweltgesetzbuches (UGB)**

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die FDP-Bundestagsfraktion auf, sich für die Schaffung eines Umweltgesetzbuches (UGB) einzusetzen. Dieses soll alle bestehenden umweltrechtlichen Einzelgesetze sowie die wichtigsten Verordnungen in einer Kodifikation vereinen, um widersprüchliche Regelungen zu vermeiden, Rechtssicherheit zu schaffen und die durch Unübersichtlichkeit entstehende Bürokratie abzubauen.

Begründung:

Seit dem Aufkommen der ersten Ansätze zum Zwecke des Umweltschutzes hat der Normgeber mittlerweile eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen, die die Umwelt vor schädlichen Einwirkungen schützen sollen. Ergebnis ist eine unübersichtliche Rechtszersplitterung. Vor diesem Hintergrund wurden zu Beginn der vorletzten Legislaturperiode Überlegungen angestellt, alle bisherigen Regelungen in einer einheitlichen Kodifikation, einem Umweltgesetzbuch (UGB) zusammenzufassen. Kernbestandteil dieses sollte eine integrierte Vorhabengenehmigung sein, deren Zweck es war, massiv Bürokratie abzubauen, indem statt vieler Einzelprüfungen (etwa immissionsschutzrechtlich, naturschutzrechtlich, bodenschutzrechtlich...) nur noch eine eben „integrierte“ Genehmigung das vorgesehene Verfahren sein sollte.

Das Vorhaben scheiterte am Widerstand der Unionsgeführten Bundesländer, insbesondere an dem von Bayern, dass Abweichungsrechte der Länder auch im Kernbereich des Gesetzes forderte, was dieses ad absurdum geführt hätte.

Die Jungen Liberalen sehen die großen umweltschutzorientierten sowie auch durch weniger Bürokratie wirtschaftsfreundlichen Aspekte des Projekts UGB und fordern daher, dieses neu anzugehen.

Im Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

8.01

■ Medien & Kultur

■ Antragsteller: David Salm, Jan Filter, Christian Rademaker,
Björn Hendrik Brosch, Matthias Haack, David Piotrowski

Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk privatisieren

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Privatisierung aller öffentlich-rechtlichen Rundfunksender.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

9.01■ Satzung &
Verbandsinterna

■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen

Bestehende Beschlusslage übersichtlich machen und umsetzen*Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:*

Der Landesvorstand hat auf der Homepage des Landesverbandes eine kurze Zusammenfassung von bestehenden Beschlüssen zu erstellen.
Außerdem hat sich der Landesvorstand bei den Fraktionen der FDP in Land und Bund aktiv für die Umsetzung der aktuellen JuLi-Beschlusslage einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Niedersachsen

[illegible]



Niedersachsen

Änderungsantrag:

Die Gedanken sind frei

Die Gedanken sind frei
wer kann sie erraten?
Sie fliehen vorbei
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Jäger erschießen
mit Pulver und Blei:
Die Gedanken sind frei!

Ich denke, was ich will
und was mich beglückt,
doch alles in der Still'
und wie es sich schicket.
Mein Wunsch und Begehren
kann niemand verwehren,
es bleibt dabei:
Die Gedanken sind frei!

Das Niedersachsenlied

Von der Weser bis zur Elbe,
Von dem Harz bis an das Meer
Stehen Niedersachsens Söhne,
Eine feste Burg und Wehr
Fest wie unsre Eichen
halten alle Zeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!

Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!

Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!